

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 1. Oktober 2019

Thema: Die Anstalt - Der Klimagipfel

Stand: 24. Oktober 2019 (final)

1. INTRO

Webseite der ZDF-Sendung „Die Anstalt“

<https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt>

Vorspann-Musik

Titel: Tadam

Urheber/Komponisten: Leon Rodt, Eric Zion

2. Das *“United in Science”*-Video zum Klimawandel

Das Video wurde in der Sendung aus technischen Gründen nicht gezeigt ist aber interessant.

Weitere Informationen zu United in Science findet man am Ende des Faktenchecks.

3. “Wir sind alle fürs Klima – jeder, wie er mag”

Das Windrad in Peiting

Es gehört längst zum Peitinger Ortsbild, das Windrad auf dem Bühlach. Seit 2003 produziert die Anlage umweltfreundlichen Strom. Doch die Zukunft des Dauerläufers ist ungewiss.

<https://www.merkur.de/lokales/schongau/peiting-ort49612/oekostrom-anlage-auf-buehlach-wie-lange-dreht-sich-peitinger-windrad-noch-9530746.html>

Überblick zu den Abstandsempfehlungen zur Ausweisung von Windenergiegebieten in den Bundesländern

https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/PlanungGenehmigung/FA_Wind_Abstandsempfehlungen_Laender.pdf

Das bayerische Abstandsgesetz 10H

Im Jahr 2017 sind im Freistaat 92 neue Windräder ans Netz gegangen, sie kommen zusammen auf eine Leistung von 261 Megawatt. Damit drehten sich Ende 2017 in Bayern 1153 Windräder. Ihre Gesamtleistung beträgt 2439 Megawatt, sie entspricht rechnerisch der Leistung von beinahe zwei großen Atomreaktoren. Diese Bilanz klingt aus Sicht des BWE sehr viel besser, als sie tatsächlich ist. Denn damit war der Ausbau der Windkraft in Bayern im dritten Jahr rückläufig. Nun werde er praktisch komplett enden. Der Grund sei das bayerische Abstandsgesetz 10H. Es schreibt seit Ende 2014 vor, dass der Abstand zwischen neuen Windrädern und der nächsten Wohnsiedlung mindestens das Zehnfache der Anlagenhöhe betragen muss. Bei einer Standardhöhe moderner Windräder von inzwischen 200 Metern sind das zwei Kilometer Abstand.

<https://www.sueddeutsche.de/bayern/energiewende-stillstand-bei-der-windkraft-1.3840691>

<http://kommunalwiki.boell.de/index.php/10H-Regelung>

Die Grünen im Bayerischen Landtag bezweifeln, dass sich die Ankündigung von Ministerpräsident Markus Söder umsetzen lässt, 100 neue Windräder in den bayerischen Staatsforsten aufzustellen. Gründe seien die umstrittene 10H-Regel und der Naturschutz.

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/gruene-neue-windraeder-in-staatsforsten-sind-luftnummer.RYZDTY0>

Bundesumweltministerin Svenja Schulze zu Gelbwesten und Pendlern

12. Dezember 2018

*"Wer glaubt, man könne Klimaschutzmaßnahmen einfach so durchdrücken ohne Rücksicht auf Verluste, der wird die Akzeptanz in der Bevölkerung schneller verlieren, als man Klimaschutz buchstabieren kann - und dann ziehen sich die Menschen **gelbe Westen an**",*

sagte die Ministerin mit Blick auf die Proteste in Frankreich, die sich an einer Ökosteuer auf Benzin und Diesel entzündet hatten.

<https://www.welt-sichten.org/artikel/35436/guterres-dringt-auf-fortschritte-bei-klimagipfels>

7. September 2019

Im Streit über die von ihr vorgeschlagene CO₂-Abgabe auf Sprit, Heizöl und Benzin zeigte Schulze sich kompromissbereit. *„Ich klebe nicht an einem Modell“,* sagte sie. *„Entscheidend ist, dass es am Ende einen fairen und sozial ausgewogenen Preis auf CO₂ geben wird.“* Sie gab zu bedenken: *„Ein CO₂-Preis darf am Anfang nicht zu hoch sein, und er sollte kontinuierlich, aber nicht zu rasant steigen. Wir müssen aufpassen, dass Normalverdiener oder **Pendler** auf dem Land sich ihr Auto noch leisten können.“*

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimapolitik-ministerin-schulze-groko-kann-nur-bei-klima-einigung-weitermachen/24991802.html?ticket=ST-10392765-ix6fnPDKNqDGYbP9e6UD-ap2>

Millionen fürs Klima: Demonstrationen am 20. September 2019 weltweit

100.000 Menschen in Berlin, 70.000 in Hamburg, 40.000 in München - so viele sind in Deutschland wohl noch nie für einen besseren Schutz des Klimas auf die Straße gegangen. Vermutlich waren es noch deutlich mehr. Die Schätzungen stammen von der Polizei, die Veranstalter zählten naturgemäß deutlich mehr Teilnehmer.

"Fridays for Future" hatte zu den Protesten aufgerufen. Für die internationale Streikwoche hatten Aktivisten Proteste in rund 2900 Städten in mehr als 160 Staaten angekündigt. In Deutschland sprachen die Veranstalter am Abend von insgesamt 1,4 Millionen Demonstranten.

<https://www.tagesschau.de/inland/klimastreiks-friday-for-future-105.html>

Scientists for Future

"Scientists for Future unterstützt die „Globale Aktionswoche gegen die Klimakrise“ vom 20. bis 27. September 2019. Die Fakten liegen auf dem Tisch, die Warnungen sind ausgesprochen. Jetzt ist es Zeit zu handeln!"

<https://www.scientists4future.org/>

Wie viel CO2 kann Deutschland noch ausstoßen?

In Paris haben die Staaten sich verpflichtet, die globale Erwärmung auf *deutlich unter 2 Grad zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, sie unter 1,5 Grad zu halten*. Jede Begrenzung der globalen Erwärmung erlaubt nur noch die Emission einer begrenzten CO2-Menge, denn je mehr CO2 wir insgesamt in die Luft gepustet haben, desto wärmer wird es auf unserem Planeten. Dazu hat der Weltklimarat letztes Jahr ein Sondergutachten veröffentlicht. Dort kann man in einer Tabelle nachlesen, wie groß das Emissionsbudget für ein bestimmtes Klimaziel noch ist. Der Bericht liefert übrigens auch starke Argumente dafür, die Erwärmung eher nahe 1,5 Grad als nahe 2 Grad zu stoppen – im letzteren Fall würde zum Beispiel kaum ein Korallenriff in unseren Ozeanen überleben.

<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/>

Klimaschutz und weltweites Wachstum

Askese kann nicht der Weg zu mehr Klimaschutz sein, schreiben die Liberalen Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Lukas Köhler. Vielmehr komme es darauf an, **Wirtschaftswachstum und CO₂-Ausstoß zu entkoppeln**. Ein Plädoyer für einen Wettbewerb der besten Ideen.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article192606411/CO2-Ausstoss-Klimaschutz-und-weltweiter-Wohlstand-es-geht-beides.html>

„Klimaschutz steht unter Wachstumsvorbehalt.“

Die Experten waren sich darin einig, dass langfristig gesehen darüber nachgedacht werden muss, wie „sinnvolle“ Produkte hergestellt werden können. Diese müssten weniger umweltschädlich produziert werden und ihre Herstellung müsse weniger Ressourcen benötigen als heute, um die ökologischen Grundlagen nicht zu zerstören. In diesem Kontext wurde auch auf die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, die sogenannte Rio-Konferenz von 1992, verwiesen, die von den Industriestaaten eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis 2050 um 90 Prozent gegenüber 1992 forderte. Die Devise innerhalb Deutschlands solle keinesfalls heißen: „Wachstum um jeden Preis. Die Umwelt kann warten.“ Vielleicht gehe sie eher in Richtung der Aussage des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement (2010): „Klimaschutz steht unter Wachstumsvorbehalt.“

<https://www.romanherzoginstitut.de/publikationen/detail/download/zum-glueck-wachsen.htm>

Priorität für Wachstum oder Klimaschutz

Vor dem Hintergrund der alarmierenden Ergebnisse der Klimaforschung ist klar: „Wir müssen das menschliche Handeln in eine neue Richtung lenken, von der Ausbeutung zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Erdsystem.“ (Will Steffen, Stockholm Resilienz Center). ...

Der IPCC-Bericht selbst fordert einen Systemwechsel, „a completely new paradigm“. Systemwechsel bedeutet nach unserer Einschätzung den Abschied von der gegenwärtigen Priorität für Wirtschaftswachstum und das Ziel einer Postwachstumsgesellschaft, in der nicht mehr die Steigerung der materiellen Güter

im Mittelpunkt steht, sondern ein gutes Leben – weltweit und für künftige Generationen.

<https://www.postwachstum.de/prioritaet-fuer-wachstum-oder-klimaschutz-20190215>

Der Urknall und das expandierende Universum

Alter, Entwicklung und weiteres Schicksal des Weltalls sind mit seiner Ausdehnungsgeschwindigkeit verknüpft. Um diese ermitteln zu können, suchen Astronomen mit verschiedenen neuen Verfahren die Entfernung zahlreicher Galaxien genauer zu bestimmen.

https://www.mpifr-bonn.mpg.de/188600/melanie_hoeschele.pdf

<https://www.spektrum.de/magazin/die-expansionsgeschwindigkeit-des-universums/820581>

66 Länder wollen CO₂-neutral werden

Sowohl in New York als auch in Moskau gibt es Fortschritte beim Klimaschutz: Kurz vor Beginn des UNO-Klimagipfels in der US-Metropole verpflichteten sich 66 Länder, bis zum Jahr 2050 die CO₂-Neutralität zu erreichen. Gleichzeitig trat Russland am Montag offiziell dem Pariser Klimaschutzabkommen bei. Für Klimaaktivistin Greta Thunberg ist das nicht genug: Sie hielt am UNO-Gipfel eine wütende Brandrede.

<https://orf.at/stories/3138243/>

Merks Rede im Mai 2019 ...

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich in ihrer Rede vor dem Petersberger Klimadialog zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 bekannt. Über den Weg dahin müsse diskutiert werden, aber "die Diskussion soll nicht heißen, ob wir es erreichen können, sondern wie können wir es erreichen", sagte die Kanzlerin. Darüber solle im Klimakabinett der Bundesregierung beraten werden.

Merkel bedauerte, dass Deutschland sein Klimaziel für 2020 verfehlen werde. "Um so mehr fühlen wir uns verpflichtet, die Ziele für 2030 zu erreichen", die Emissionen bis dahin um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern, stellte sie klar.

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/angela-merkel-strebt-klimaneutralitaet-bis-2050-an-a-1267386.html>

... Merkels völliger Absturz im September 2019: Das Klima-Eckpunktepapier

Eckpunkte-Papier der Bundesregierung für das Klimaschutzprogramm 2030

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1673502/768b67ba939c098c994b71c0b7d6e636/2019-09-20-klimaschutzprogramm-data.pdf?download=1>

Wissenschaftler zum Klimapakete der Bundesregierung

Gute Nacht: Vor 30 Jahren wären die Klima-Eckpunkte der Koalition eine Revolution gewesen. Heute sind sie ein Desaster. Experten bewerten die Einigung als **"klares Politikversagen"**.

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimapakete-der-bundesregierung-so-beurteilen-experten-die-einigung-a-1287888.html>

Seehofers Rettungswende: Diese Wende ist sogar für CSU-Verhältnisse erstaunlich

„Der Innenminister setzt sich auf einmal für die Aufnahme von aus Seenot Geretteten ein. Darüber mag man sich wundern. Richtig ist der neue Kurs aber auf jeden Fall. ...

Es ist ein Satz, der an die Kanzlerin erinnert - aber er stammt ausgerechnet von dem Mann, der in den vergangenen Jahren Angela Merkels härtester Gegner war. Es sei 'unglaublich', dass man sich für die Rettung von Menschen vor dem Ertrinken rechtfertigen müsse, hat Horst Seehofer am Donnerstag auf einer eigens einberufenen Pressekonferenz geklagt.“

<https://www.sueddeutsche.de/politik/horst-seehofer-fluechtlinge-seenot-aufnahme-1.4607292>

Merkel: „Politik ist das, was möglich ist“

Nach der Koalitionseinigung auf eine Klimastrategie verteidigt Angela Merkel das Paket – und lobt ausdrücklich das Engagement Greta Thunbergs und der Klima-Aktivisten auf den Straßen. Umweltverbände und die Opposition zeigen sich hingegen enttäuscht.

„Das unterscheidet Politik von Wissenschaft und auch von ungeduldigen jungen Menschen“, sagte sie. „Politik ist das, was möglich ist.“

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/nach-klima-strategie-einigung-merkel-verteidigt-klimapaket-16393990.html>

https://www.youtube.com/watch?time_continue=43&v=0FyELDjOAJA

Handel treiben mit CO2-Zertifikaten

So steht's im Eckpunkte-Punkte-Papier der Bundesregierung:

“Die Bundesregierung verfolgt mit dem Klimaschutzprogramm 2030 einen Ansatz, mit einem breiten Maßnahmenbündel aus Innovationen, Förderung, gesetzlichen Standards und Anforderungen sowie mit einer Bepreisung von Treibhausgasen die vorgegebenen Klimaschutzziele zu erreichen. Ein sektorübergreifender einheitlicher Preis für Treibhausgasemissionen ist volkswirtschaftlich der kosteneffizienteste Weg, Klimaziele zu erreichen. Deshalb wird sich die Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit der EU-Kommission dafür einsetzen, einen europaweiten übergreifenden Zertifikatehandel für alle Sektoren einzuführen.”

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1673502/768b67ba939c098c994b71c0b7d6e636/2019-09-20-klimaschutzprogramm-data.pdf?download=1>

Der Europäische Emissionshandel seit 2005

Der Europäische Emissionshandel (EU-ETS) ist seit 2005 das zentrale Klimaschutzinstrument der EU. Mit ihm sollen die Treibhausgas-Emissionen der teilnehmenden Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie reduziert werden. Seit 2012 nimmt der innereuropäische Luftverkehr teil. Neben Kohlendioxid sind seit 2013 auch Lachgas und perfluorierte Kohlenwasserstoffe einbezogen.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/der-europaeische-emissionshandel#textpart-1>

Finanzkrise sind Billionen Dollar verschwunden

“Eine Studie der Commerzbank versucht das schier Unfassbare mit einer Zahl greifbar zu machen: Die Kosten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise taxiert das Institut auf 10,5 Billionen Dollar (7,3 Billionen Euro) bis Ende des Jahres. Das wären 1 500

Euro pro Erdenbürger. Auch für Deutschland errechneten die Volkswirte die Verluste durch die Finanzkrise."

<https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/oekonomie/nachrichten/commerzbank-studie-finanzkrise-kostet-ueber-10-billionen-dollar/3247524.html?ticket=ST-11252847-UVd9K93GHFSMrhb3dV95-ap2>

Kostenlose Zuteilung

https://ec.europa.eu/clima/policies/ets/allowances_de

Aktuelle Zertifikatpreise

<https://www.boerse-online.de/rohstoffe/co2-emissionsrechte>

Kreuzer-Zitat (CSU)

Der Parteivorsitzende Markus Söder (**CSU**) verkündete in dieser Woche, selbstbewusst wie immer, seine Partei sei der Ursprung des Umweltschutzes. Er will die Photovoltaik voranbringen, das Land Bayern bewegt sich aber bei der 10h-Abstandsregelung für Windkraft nicht. Dagegen äußert sich der Chef der CSU-Landtagsfraktion Thomas Kreuzer: "Was überhaupt nicht geht, ist rein auf eine Verteuerung von Energie zu setzen".

<http://www.1x1-boerse.de/Unterschied-ETF-Zertifikate.html>

Klaus Töpfer, der Mann, der das Blei-Benzin verbot ...

Nur einige junge Klimaaktivisten vor der Tür des früheren Bonner Bundestages erinnern daran, dass diese Feier keineswegs selbstverständlich ist. Der frühere Bundesumweltminister und UN-Klimadirektor Klaus Töpfer erhält am Montagabend den Staatspreis NRW, die höchste Auszeichnung des Landes. Aus den Händen von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. Mit einer Laudatio von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Alle drei sind in der CDU. Töpfer ist inzwischen 81 Jahre alt. Er war zwischen 1987 und 1994 der erste bedeutende Umweltminister Deutschlands. Der Mann, der den „Grünen Punkt“ erfand, Blei-Benzin verbot und durch den Rhein schwamm. In den vergangenen Jahren spielte er in der Union kaum noch eine Rolle. „Ich glaube, Du

hast Dich oft als Rufer in der Wüste gefühlt“, mutmaßt Merkel in ihrer Laudatio. Töpfer sei in der eigenen Partei nicht immer gehört worden, räumt auch Laschet ein. Das hat sich nun geändert. Nun haben Töpfers Themen „plötzlich Konjunktur“, wie Laschet es formuliert.

<https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:QL3Hg7M8Q38J:https://www.nrz.de/politik/landespolitik/klaus-toepfer-die-cdu-ehrt-ihren-rufer-in-der-wueste-id227110533.html%3FdisplayDropdownTop%3Dblock%26displayDropdownBottom%3Dnone+&cd=3&hl=de&ct=clnk&gl=de&client=firefox-b-d>

... ist enttäuscht vom Klimapaket der Bundesregierung

Ex-Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) zeigt sich enttäuscht vom Klimapaket der Bundesregierung. Damit könne man die geforderten CO₂-Einsparungen bis 2030 niemals erreichen, sagte Töpfer im Dlf. Vielmehr müssten vorhandene Steuern besser dafür genutzt werden. Sie seien zum Teil „klimablind“ entstanden.

https://www.deutschlandfunk.de/klaus-toepfer-mehrwertsteuer-fuer-die-klimavorsorge.694.de.html?dram:article_id=459382

CO₂ Preis-Obergrenze von 60 Euro pro Tonne

Experten gehen davon aus, dass ein CO₂-Preis von 35 Euro pro Tonne zum Beispiel Diesel beim Tanken um mehr als 9 Cent verteuert. Für das erste Jahr des Handels mit Zertifikaten - also 2026 - soll eine Preis-Untergrenze von 35 Euro pro Tonne festgelegt werden und eine Obergrenze von 60 Euro. Das soll verhindern, dass es für die Verbraucher zu teuer wird.

<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/einigung-im-klimakabinett-co2-steuer-pen-derpauschale-oelheizungen-das-aendert-sich-durch-den-klima-deal/25037082.html>

“Ab 2026 wird eine maximale Emissionsmenge festgelegt, die von Jahr zu Jahr geringer wird. Diese ergibt sich aus den im Klimaschutzplan 2050 und den EU-Vorgaben festgelegten Emissionsbudgets für die deutschen Non-ETS-Sektoren. Analog zum Verfahren im europäischen ETS-System müssen die betroffenen Unternehmen ihre CO₂-Emissionen durch Zertifikate abdecken, die sie im Rahmen von Auktionen oder auf einem Sekundärmarkt erwerben. Der Zertifikatepreis bildet sich grundsätzlich am Markt, außer wenn der Höchstpreis überschritten oder der Mindestpreis unterschritten wird.

Im Jahr 2026 erfolgt die Auktionierung der Zertifikate in einem Korridor zwischen einem Mindestpreis von 35 Euro pro Tonne CO2 und einem Höchstpreis von 60 Euro pro Tonne CO2."

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1673502/768b67ba939c098c994b71c0b7d6e636/2019-09-20-klimaschutzprogramm-data.pdf?download=1>

4. SOLO - Timo Wopp

Webseite von Timo Wopp

<https://www.timowopp.de>

Cannabis in Bio-Qualität - gibt's schon - Kein Gag?!

Bio-Gras? Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit beim Cannabis-Anbau

<https://www.nationalgeographic.de/umwelt/2017/06/bio-gras-umweltbewusstsein-und-nachhaltigkeit-beim-cannabis-anbau>

<https://www.hanf-magazin.com/growing/bio-marihuana-anbau/cannabis-in-bio-qualitaet/>

Ein Richter in Bernau bei Berlin will das Cannabisverbot gerichtlich prüfen lassen. Er will sogar das Bundesverfassungsgericht anrufen.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article227122851/Cannabis-bald-legal-Richter-in-Bernau-will-Verbot-pruefen-lassen.html>

5. Die GRÜNEN werden's schon richten

Winfried Kretschmann

Der Grünen-Politiker stellt seit 2011 den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg. Zugleich wurde er in einer grün/roten Koalition mit der SPD der erste reguläre von den Grünen gestellte Ministerpräsident der Bundesrepublik. Davor vertrat der Gymnasiallehrer den Wahlkreis Nürtingen im Landtag von Baden-Württemberg. Von 1982 bis 1984 gehörte der Politiker als Nachrücker dem Kreistag des Landkreises Esslingen an. 1986 und 1987 verdiente er sich als Ministerialrat Grundsatzreferent im ersten grünen Umweltministerium in Hessen bei Minister Joschka Fischer. Von 1983 bis 1984 und von 2002 bis 2011 war Winfried Kretschmann Vorsitzender der Grünen Landtagsfraktion. Innerparteilich gilt der praktizierende Katholik als liberal-konservativer Vordenker seiner Partei. In den 1980er Jahren war er Protagonist des kleinen ökolibertären Flügels seiner Partei...

<http://www.whoswho.de/bio/winfried-kretschmann.html>

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/ministerpraesident/biografie/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Winfried_Kretschmann

Ziel: 100 Prozent erneuerbare Energien

“Wir Grüne wollen der Energiewende neuen Schwung verleihen. Für uns ist das Ziel erst erreicht, wenn Deutschland zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien versorgt wird zu bezahlbaren Preisen und für alle zu jeder Zeit und an jedem Ort verfügbar. Wir verstehen den klimagerechten Umbau der Energieversorgung als Chance, das Land zu modernisieren. Dieser Weg lohnt gleich in mehrfacher Hinsicht: Er bekämpft die Klimakrise, schafft Arbeitsplätze und Innovation, macht uns unabhängig von Importen fossiler Rohstoffe und sichert unsere Stärke als Exportweltmeister umweltfreundlicher Technologien.”

<https://www.gruene.de/themen/energie>

Schleswig-Holstein: Ausbaustopp für Windenergie verlängert

Im Windland Schleswig-Holstein dürfen neue Windanlagen bis Ende nächsten Jahres weiterhin nur mit Ausnahmegenehmigungen gebaut werden. Der Landtag beschloss 17. Mai 2019, das bestehende Moratorium zu verlängern.

Der Windkraft-Ausbau hatte 2015 einen herben Rückschlag erlitten. Damals kippte das Oberverwaltungsgericht die damaligen Pläne. Seitdem gilt grundsätzlich ein Moratorium für neue Anlagen, um Wildwuchs zu verhindern. Nur über Ausnahmegenehmigungen sind Neubauten möglich. 2018 wurden nur noch 20 neue Anlagen genehmigt, aber 30 stillgelegt.

Eine so niedrige Zahl wie 20 dürfe sich nicht wiederholen, sagte der Grüne Bernd Voß. Jamaika sei bei dem Thema nicht zerstritten. SPD-Fraktionschef Ralf Stegner warf Jamaika Versagen in der Energie- und Klimaschutzpolitik vor. Die Grünen wirkten mit CDU und FDP als Bremser.

https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article193725151/Ausbaustopp-fuer-Windenergie-verlaengert.html

Beschwerde-Flut: Wind-Moratorium verlängert

Der Landtag hat den Ausbaustopp für neue Windkraftanlagen bis Ende 2020 mit den Stimmen von Jamaika und AfD verlängert. Das sei notwendig, so der für die Landesplanung zuständige Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU), um die mehr als 4.000 Einwände gegen geplante Anlagen abzuarbeiten. „Jeder einzelne wird ausgewertet und im Detail beantwortet“, kündigte Grote an. Die SPD enthielt sich, der SSW votierte dagegen. Beide Oppositionsfraktionen warfen Jamaika vor, den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein zu verschleppen.

https://www.landtag.ltsh.de/nachrichten/19_05_windkraft/

Belasteter Hafenschlick gefährdet Wattenmeer und Robert Habeck

Schadstoffe wie Blei und Quecksilber werden bei Helgoland in die Nordsee gekippt, fast täglich. Denn sie stecken in dem Sand- und Schlickgemisch, das Baggerschiffe

vom Grund des Hamburger Hafens saugen und dann in die Nordsee bringen. Doch jetzt regt sich Widerstand an der Küste gegen den "Dreck aus Hamburg".

Robert Habeck, Umweltminister von Schleswig-Holstein, hatte selbst genehmigt, dass in den kommenden fünf Jahren weiter Hafenschlick in die Nordsee gebracht werden darf.

Für die Verklappung des Elbeschlicks fließt Geld nach Schleswig-Holstein. Bis zu 35.000 Euro pro Baggerschiffladung erhält eine Stiftung zum Schutz des Wattenmeeres. Bis heute wurden so rund sechs Millionen Euro eingezahlt.

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Belasteter-Hafenschlick-gefaehrdet-Wattenmeer,hafenschlick156.html>

Umweltministerium genehmigt weitere Verbringung von Baggergut aus Hamburger Hafen in die Nordsee – Minister Habeck April 2016:

"Strenge Auflagen sollen sicherstellen, dass die Umwelanforderungen erfüllt werden."

https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/V/Presse/PI/2016/0416/MELUR_160426_Genehmigung_Baggergute.html

Robert Habeck genehmigte als grüner Umweltminister 2016, dass in den kommenden fünf Jahren weiter Hafenschlick in die Nordsee gebracht werden darf, bis zu 10 Millionen Kubikmeter.

Stiftung Nationalpark Wattenmeer

Für die Verklappung des Elbeschlicks fließt Geld nach Schleswig-Holstein. Bis zu 35.000 Euro pro Baggerschiffladung erhält eine Stiftung zum Schutz des Wattenmeeres.

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Belasteter-Hafenschlick-gefaehrdet-Wattenmeer,hafenschlick156.html>

Stiftungsvermögen

Derzeit 14,6 Mio. Euro aus Zahlungen Hamburgs an Schleswig-Holstein für die Verbringung von Baggergut aus den Zufahrten zum Hamburger Hafen zur Tonne E3 bei Helgoland.

<https://www.nationalpark-wattenmeer.de/sh/nationalparkstiftung>

Die Vereinbarung zur Sediment Verklappung

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/5600/umdruck-18-5621.pdf>

Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2012

https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Schleswig-Holstein_2012

Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2017

https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Schleswig-Holstein_2017

CDU (32,0), Grüne (12,9%) und FDP (11,5%) einigen sich in Schleswig-Holstein auf Jamaikakoalition

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-06/schleswig-holstein-koalition-jamaika-beschlossen>

Jamaika-Koalition - kurz Schwampel oder Jamaika-Ampel

Schleswig-Holstein: Ein Land, drei Weltbilder - Seit zwei Jahren regiert Jamaika in Kiel. Alles, was nicht im Koalitionsvertrag steht, birgt Konfliktstoff.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/schleswig-holstein-ein-land-drei-weltbilder-1.4503634>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Jamaika-Koalition>

Das Tun der Grünen: Ein Sein zwischen politischem Wollen und Können

“Zwischen Können und Tun liegt ein Meer und auf seinem Grunde gar oft die gescheiterte Willenskraft.”

Marie von Ebner-Eschenbach

<https://www.aphorismen.de/zitat/74872>

Grüne in Hessen (19,8 Prozent)

https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Hessen_2018

https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Bouffier_III

Tarek Al-Wazir - Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

<https://wirtschaft.hessen.de/ueber-uns/tarek-al-wazir>

Al-Wazir 2013 zum Terminal 3 des Frankfurter Flughafens:

„Begrenzung der Flugbewegungen, Nachtflugverbot 22 bis 6 Uhr und keinen Bau des Terminals 3.“

<https://www.bild.de/regional/frankfurt/tarek-al-wazir/mit-mir-wird-es-kein-terminal-drei-geben-31755614.bild.html>

Vor der Landtagswahl im September 2013 hatten die Grünen den Wählern versprochen, sie werde sich gegen ein drittes Terminal des Frankfurter Flughafens verwenden. Die Begründung war, man müsse einen neuen Ausgleich schaffen zwischen den legitimen wirtschaftlichen Interessen und den ebenso legitimen Interessen der Menschen in der dicht besiedelten Region.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-gruenen-und-der-flughafen-frankfurt-die-kunst-des-unmoeglichen-13464072.html>

Al-Wazir 2015 zum Terminal 3 des Frankfurter Flughafens:

Der grüne Verkehrs- und Wirtschaftsminister Hessens Al-Wazir musste das Unvermeidliche verkünden: dass er trotz aller Bemühungen keine allzu mächtigen Argumente in die Hand bekommen hat, um die Fraport AG doch noch vom Nichtbau eines dritten Terminals am Frankfurter Flughafen zu überzeugen.

„Die Entscheidung, ob der Bau des T3 jetzt begonnen wird oder nicht, bleibt eine unternehmerische Entscheidung der Fraport“, hob Al-Wazir am Mittwoch vor dem Wirtschaftsausschuss des hessischen Landtags hervor.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-gruenen-und-der-flughafen-frankfurt-die-kunst-des-unmoeglichen-13464072.html>

Al-Wazir nimmt nicht an Grundsteinlegung zu Terminal 3 am 29. April 2019 teil

Grundstein für Terminal 3 wird gelegt

<https://www.fraport.de/content/fraport/de/unternehmen/newsroom/pressemeldungen/grundstein-fuer-terminal-3-gelegt.html>

Tarek Al-Wazir als Wirtschaftsminister Hessens erscheint nicht zum Festakt ...

Während an der Baustelle eine offizielle Zeremonie mit rund 700 Gästen aus Wirtschaft und Politik stattfand, hielten Ausbaueegner im Terminal 1 eine Mahnwache ab. Sie befürchten zusätzliche Belastungen der Region durch Abgase und Lärm. Mit einem Grabstein wollen die Bürgerinitiativen den hessischen Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) an frühere Aussagen gegen das Terminal erinnern. Der Politiker war bei dem Festakt nach Angaben seines Ministeriums nicht anwesend, er besuchte stattdessen ein Richtfest für ein Wohngebäude in Frankfurt.

<https://www.fnp.de/frankfurt/frankfurt-hessen-flughafen-frankfurt-muessen-ueber-terminal-wissen-grundstein-gelegt-zr-12230667.html>

<https://www.hessenschau.de/wirtschaft/fragen-und-antworten-zur-grundsteinlegung-am-terminal-3,grundsteinlegung-terminal-drei-100.html>

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/luftverkehr-frankfurt-am-main-al-wazir-nicht-bei-grundsteinlegung-zu-terminal-3-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190426-99-973577>

... sondern das erledigt sein CDU-Kollege, der Finanzminister Thomas Schäfer

<https://www.fraport.de/content/fraport/de/unternehmen/newsroom/pressemeldungen/grundstein-fuer-terminal-3-gelegt.html>

Geplante Eröffnung des Terminal 3 des Fraport

Das gesamte Terminal soll 2023 nach Abschluss des ersten Bauabschnitts in Betrieb gehen und nach Fraport-Angaben um die drei Milliarden Euro Kosten

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/wirtschaft/fraport-haelt-an-zeitplan-fuer-fertigstellung-des-terminals-3-fest-15503522.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Flughafen_Frankfurt_am_Main

Die angeblich wachsende Nachfrage und das Terminal 3

“Da sich das Passagieraufkommen im Terminal 3 kontinuierlich steigern wird, muss die Konzeption dieser sich allmählich steigenden Nachfrage Rechnung tragen.”

<https://www.competitionline.com/de/ausschreibungen/7725>

2013: Das Fluggeschäft boome, betonte Fraport-Vorstandsvorsitzender Stefan Schulte, wegen der wachsenden Nachfrage sei Terminal 3 dringend notwendig.

<https://www.fr.de/rhein-main/spd-org26325/scharfe-kritik-fraport-10989191.html>

... und wenn die Nachfrage nicht da ist, muß sie eben mit Rabattsystemen geschaffen werden: gerade auch für Billigflieger

Nach der Eröffnung einer neuen Landebahn 2011 war der Boom von Billigfliegern wie Ryanair lange an Fraport vorbeigegangen, die Passagierzahlen stiegen nur mäßig. Seit 2017 startet die irische Fluglinie aber auch am Main - angelockt von einem neuen

Rabattsystem für die Flughafengebühren. Lufthansa und andere Airlines protestierten, nutzen die Rabatte aber inzwischen selbst intensiv, wie Schulte anmerkte.

<https://www.nwzonline.de/wirtschaft/fracport-zieht-bilanz-frankfurter-flughafen-aecht-untcr-nachfragedruck-a-50,1,493138732.html>

2016: Tarek Al-Wazir stimmt dem Rabatt-Angebot des Flughafenbetreibers Fraport zu

Verkehrsminister Tarek Al-Wazir stimmt dem Rabatt-Angebot des Flughafenbetreibers Fraport zu – aber der Nachlass gilt auch für andere Fluggesellschaften.

Die Billigfluglinie Ryanair erhält Rabatte vom Flughafenbetreiber Fraport, wenn sie im nächsten Frühjahr erstmals von Frankfurt aus startet. Die Vergünstigung gilt allerdings nicht nur für die Iren, sondern auch für alle anderen Fluglinien, die sich entweder neu in Frankfurt ansiedeln oder die Zahl ihrer Passagiere dort steigern.

Das hat Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir am Freitag in Wiesbaden bekanntgegeben. Der Grünen-Politiker genehmigte die Entgeltordnung für den Rhein-Main-Airport, die vom 1. Januar 2017 an gelten soll. Fraport erhielt die Genehmigung nach Al-Wazirs Angaben allerdings erst, nachdem sie an diesem entscheidenden Punkt geändert worden war.

<https://www.fr.de/rhein-main/fdp-org26312/rabatt-ryanair-genehmigt-11083661.html>

2018: Minister Tarek Al-Wazir (Grüne) genehmigte den Antrag, was die Ausbaueegner ihm übel nahmen. „Wir können den Antrag nur formal prüfen“, sagt dessen Sprecher Marco Kreuter. „Am Ende entscheidet Fraport, was in der Entgeltordnung steht.“ Das gelte auch für die Kosten von Verspätungslandungen. Der Minister hatte jüngst dem Unternehmen jedoch nahegelegt, sie zu erhöhen: „Fraport täte gut daran, verspätete Landungen noch teurer zu machen, als sie es heute schon sind“, empfahl Al-Wazir und forderte die Airlines zu mehr Pünktlichkeit auf. „Weil wir sonst nicht nur über andere Entgelte, sondern eben auch über Änderungen am rechtlichen Rahmen sprechen müssten.“ Anlass für die Warnung ist die Steigerung von Landungen in Frankfurt in der Zeit zwischen 23 und 24 Uhr seit September.

<https://www.fr.de/rhein-main/ryanair-org27702/fracport-soll-rabatte-billigflieger-abschaffen-10956969.html>

... und so läuft es jetzt mit dem Rabattsystem und der Nachfrage

2018: Am Heimatstandort Frankfurt geht es wieder deutlicher bergauf, seit sich das Unternehmen stärker für Billigfluggesellschaften geöffnet und mit einem neuen Rabattsystem Europas größten Billigflieger Ryanair als Kunden gewonnen hat.

<https://www.fnp.de/frankfurt/fracport-starker-jahresstart-dank-boomender-ticketnachfrage-10386074.html>

Es ist entschieden: Der Flughafen Frankfurt darf seinen Flugsteig G bauen. Das neue Gebäude ist speziell auf Billig-Airlines ausgerichtet und soll im Sommer 2021 eröffnet werden. Flugsteig G ist Teil des neuen Terminals 3 am Frankfurter Flughafen

<https://www.reisereporter.de/artikel/5269-flughafen-frankfurt-erhaelt-baugenehmigung-fuer-flugsteig-g-fuer-billigflieger>

Ein Ryanair-Flugzeug rollt hinter der Baustelle zum neuen Terminal 3 am Flughafen vorbei. Der erste Flugsteig des neuen Terminals, ein reiner Billigflieger-Flugsteig, soll schon 2021 in Betrieb genommen werden.

<https://www.fnp.de/frankfurt/frankfurt-hessen-flughafen-frankfurt-muessen-ueber-terminal-wissen-grundstein-gelegt-zr-12230667.html>

2019 Entgegen mancher Berichte werde der erste Abschnitt des neuen Terminals, der Flugsteig G, keine reine Billigflieger-Einrichtung, sagte Schulte. Man baue einen voll funktionsfähigen Flugsteig mit hervorragenden Umsteige-Eigenschaften, an dem man außer den Billigfliegern noch andere Fluggesellschaften sehen werde. Der Flugsteig G soll 2021 fertiggestellt sein und Kapazitäten für 4 bis 5 Millionen Passagiere pro Jahr bieten.

<https://www.fnp.de/frankfurt/frankfurt-hessen-geplante-dritte-terminal-frankfurter-flughafen-soll-bald-gehen-11810513.html>

https://www.deutschlandfunk.de/frankfurter-flughafen-umstrittener-ausbau.1773.de.html?dram:article_id=447378

Eigentümer der Fraport AG

Die Fraport AG (von Frankfurt Airport; handelsrechtlich: Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide) mit Sitz in Frankfurt am Main ist die börsennotierte Betreibergesellschaft des Flughafens Frankfurt am Main. Als mehrheitlich im staatlichen Eigentum befindliche Gesellschaft gehört Fraport zu den Öffentlichen Unternehmen. Fraport ist an weiteren deutschen und ausländischen Flughäfen beteiligt.

Aktionärsstruktur*

Land Hessen 31,31 %

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH 20,16 %

<https://www.fraport.de/content/fraport/de/unternehmen/investoren/fraport-aktie/basisdaten-aktionaersstruktur.html>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Fraport>

Grüne und Fracking

vor der Europawahl (26. Mai 2019)

Die Europawahl in Deutschland 2019 war die neunte Direktwahl zum Europäischen Parlament in Deutschland. Als Teil der EU-weiten Europawahl 2019 fand sie am 26. Mai 2019 statt

https://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl_in_Deutschland_2019

Oktober 2018: Grüne fordern komplettes Fracking-Verbot im Deutschen Bundestag

Ein lückenloses Fracking-Verbot fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag

<https://www.bundestag.de/presse/hib/573802-573802>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/048/1904859.pdf>

Noch am 28. Mai 2019 erklären die Grünen im Bundestag

„Verflüssigtes Erdgas hat nicht nur eine schlechte Klimabilanz, es verlängert das fossile Zeitalter. Besonders problematisch wird es, wenn zur Förderung des Erdgases das Fracking-Verfahren eingesetzt wird. LNG aus Fracking-Gas torpediert den Kampf gegen Klimakrise und Umweltgefahren in doppelter Weise. Wir lehnen Fracking daher strikt ab.

https://julia-verlinden.de/detail/article/lng_verlaengert_das_fossile_zeitalter/

Bundesrat opfert das Klima für Import von Fracking-Gas und Verbraucher müssen die Kosten tragen

Bundesrat beschließt, dass Verbraucher Kosten der Anschlussleitung von LNG-Terminals tragen müssen - Geplante LNG-Terminals dienen Import von Fracking-Gas aus den USA - Deutschlands Klimaziele werden für politischen Kuhhandel mit der Regierung Trump geopfert

Der Bundesrat hat am heutigen Freitag, den 7. Juni, neue Rahmenbedingungen für den Aufbau von Infrastruktur für verflüssigtes Erdgas (liquefied natural gas, LNG) in Deutschland verabschiedet. Die Betreiber von LNG-Anlagen müssen Anschlussleitungen zum Gasnetz damit nicht mehr selbst bezahlen. Stattdessen werden nun die Gaskunden über die Netzentgelte zur Kasse gebeten. Dies soll die LNG-Terminals für Investoren wirtschaftlich attraktiver machen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) lehnt den Bau von LNG-Terminals für Fracking-Gas ab und verurteilt den Beschluss des Bundesrates als klima- und verbraucherfeindlich.

<https://www.presseportal.de/pm/22521/4291529>

Auch Landesregierungen mit Beteiligung der Grünen stimmten im Bundesrat für eine Verordnung, die den Import von Fracking-Gas ermöglichen könnte

<https://correctiv.org/faktencheck/politik/2019/09/04/ja-auch-landesregierungen-mit-beteiligung-der-gruenen-stimmten-im-bundesrat-fuer-eine-verordnung-die-den-import-von-fracking-gas-ermoeglichen-koennte>

Grüne Glaubwürdigkeit: Bundesrat befürwortet LNG-Infrastruktur

<https://www.pv-magazine.de/2019/06/11/niederschmetternd-fuer-klimaschutz-und-gruene-glaubwuerdigkeit-bundesrat-befuerwortet-lng-infrastruktur/>

Die Grünen, Russland, die Freiheit und das Fracking

Katrin Göring-Eckardt lehnt die umstrittene Ostseepipeline Nord Stream 2 ab. Die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag sagt: Europa könnte bis zum Jahr 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt sein.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article188950971/Katrin-Goering-Eckardt-Nord-Stream-2-war-von-Anfang-an-falsch.html>

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/katrin-goering-eckardt-nord-stream-2-ist-eine-provokation-a-1253746.html>

Die Grünen haben Fracking-Gas den Weg mit freigemacht.

<https://www.rubikon.news/artikel/die-umwelt-verrater>

<https://www.neulandrebelln.de/2019/07/die-gruenen-die-freiheit-und-das-fracking/>

Baden-Württemberg Ministerpräsident Kretschmann (Grüne)

Grüner Ministerpräsident seit 2011

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/ministerpraesident/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Landesregierung_von_Baden-W%C3%BCrttemberg

https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Kretschmann_II

Die Grünen stellen mit 30,3 Prozent der Wählerstimmen den Ministerpräsidenten

https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Baden-W%C3%BCrttemberg_2016

Land verfehlt Ausbauziel bei Windstrom klar

Im Winderlass von 2012 hat die damals grün-rote Landesregierung sich vorgenommen, bis 2020 mindestens zehn Prozent des Stroms in Baden-Württemberg aus heimischer Windenergie bereit zu stellen. Um das zu erreichen sei es erforderlich, „im Land rund 1200 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von je etwa drei Megawatt zu errichten“, heißt es im Erlass. Zusammen mit den damals bereits vorhandenen Anlagen werde damit eine Strombereitstellung von etwa sieben Terawattstunden pro Jahr ermöglicht. 2012 ergab die Bilanz nur 0,7 Terawattstunden Windstrom; das waren 1,1 Prozent der Stromerzeugung insgesamt.

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.windflaute-bremst-energiewende-land-verfehlt-ausbauziel-bei-windstrom-klar.a8a9663f-9483-4ee0-bbf0-653ff83361a3.html>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/Baden-Wuerttemberg-Land-bei-Windenergie-im-Bundesvergleich-weit-hinten,windraeder-bw-100.html>

Brutto-Zubau erstes Halbjahr 2019 in Baden-Württemberg: 1 Windenergieanlage

2019: Windenergiezubau (brutto) und durchschnittliche Anlagenkonfiguration der Neuinstallationen in den Bundesländern

https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/06-zahlen-und-fakten/20190725_Factsheet_Status_des_Windenergieausbaus_an_Land_-_Halbjahr_2019.pdf

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/Neue-Autofabrik-am-Stammsitz-im-Stadtteil-Zuffenhausen-Porsche-startet-Taycan-Produktion-in-Stuttgart,porsche-eroeffnet-neue-autofabrik-taycan-100.html>

Baden-Württemberg bei Erneuerbaren Energien: eher unterdurchschnittlich

Als grundsätzlich geeignetes Maß über die Zeit hinweg, aber auch für Vergleiche zwischen Bundesländern und Mitgliedsländern der EU, eignet sich der sogenannte Bruttoendenergieverbrauch (BEEV).

Der Bruttoendenergieverbrauch (BEEV) (engl.: gross final consumption of energy)

Der Bruttoendenergieverbrauch, umfasst im Sinne der EU-Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen Artikel 2(f):

- sämtliche Lieferungen von Energieprodukten an die Sektoren Industrie, Verkehr, Haushalte und Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD-Sektor, einschl. Land-, Forstwirtschaft und Fischerei) zur energetischen Verwendung (Endenergieverbrauch im Sinne der Energiebilanz) zzgl.
- des in der Energiewirtschaft für die Erzeugung von Wärme und Strom anfallenden Eigenverbrauchs sowie
- die bei der Verteilung und Übertragung auftretenden Transport- und Leitungsverluste.

<https://ag-energiebilanzen.de/31-0-DefinitionenMethodik.html>

<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:de:PDF>

<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:en:PDF>

... und andere wichtige Indikatoren zur Klimapolitik

Wie sie berechnet werden und was sie im Einzelnen bedeuten:

https://www.lak-energiebilanzen.de/erlaeuterungen_indikatoren/#_EEamBrEEV

<https://ag-energiebilanzen.de/31-0-DefinitionenMethodik.html>

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/energy/data/shares>

Anteil erneuerbarer Energieträger (EE) am Primärenergieverbrauch (PEV)

Vorbemerkung: Der Vorteil des verbrauchsseitig ermittelten **Bruttoendenergieverbrauchs (BEEV)** liegt darin begründet, dass er im Unterschied z.B. zum umfassenderen Begriff **Primärenergieverbrauch (PEV)** weitgehend unabhängig von bestimmten Entwicklungen im Umwandlungssektor (z.B. Kernenergieausstieg, verschiedener Kraftwerksmix, Strom-Außenhandelsaldo) ist.

Der **Bruttoendenergieverbrauch (BEEV)** weist somit eine höhere Vergleichbarkeit sowohl über die Zeit als auch zwischen Ländern auf.

Der **Primärenergieverbrauch (PEV)** bezeichnet den Energiegehalt aller im Inland eingesetzten Energieträger. Der Begriff umfasst sogenannte Primärenergieträger, wie zum Beispiel Braun- und Steinkohlen, Mineralöl oder Erdgas, die entweder direkt genutzt, oder in sogenannte Sekundärenergieträger wie zum Beispiel Kohlebriketts, Kraftstoffe, Strom oder Fernwärme umgewandelt werden. Berechnet wird er als Summe aller im Inland gewonnenen Energieträger zuzüglich des Saldos der importierten/exportierten Mengen sowie der Bestandsveränderungen abzüglich der auf Hochsee gebunkerten Vorräte.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/primaerenergieverbrauch#textpart>

Ziel: Dieser Indikator dient als Maß für Klimaschutz und Importvermeidung im Energieeinsatz.

Aussage: Je höher der Prozentwert dieses Indikators, desto höher ist der Anteil an klimaneutralen und nicht zu importierenden Energieträgern am gesamten Energieeinsatz.

https://www.lak-energiebilanzen.de/erlaeuterungen_indikatoren/#_EEamBrEEV

Anteil erneuerbarer Energieträger (EE) am Primärenergieverbrauch (PEV) Baden-Württemberg im Vergleich mit ganz Deutschland im Jahr 2017:

13,0 - 13,4 Prozent in Baden Württemberg

13,2 - 13,3 Prozent in Deutschland

Daten Baden Württemberg:

<https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Querschnittsver!F6ffentlichungen/806119002.pdf>

https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Energie/Erneuerbare-Energien-2017.pdf

Daten Deutschland:

<https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Querschnittsver!F6ffentlichungen/806119002.pdf>

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energiedaten/energiedaten-gesamt-pdf-grafiken.pdf?__blob=publicationFile&v=38

Anteil erneuerbarer Energieträger (EE) am Bruttostromverbrauch

Der **Bruttostromverbrauch** ist die Summe der gesamten inländischen Stromerzeugung (Wind, Wasser, Sonne, Kohle, Öl, Erdgas und andere), zuzüglich der Stromflüsse aus dem Ausland und abzüglich der Stromflüsse ins Ausland.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/energiewende/bruttostromverbrauch-614790>

Ziel: Der Indikator, der aus zwei Komponenten besteht, dient als Maß für Klimaschutz und Importvermeidung in der Stromwirtschaft.

Aussage: Je höher der Prozentwert dieses Indikators, desto höher ist der Anteil an klimaneutralen und nicht zu importierenden Energieträgern in der Stromwirtschaft.

https://www.lak-energiebilanzen.de/erlaeuterungen_indikatoren/#_EEamBrEEV

Anteil erneuerbarer Energieträger (EE) am Bruttostromverbrauch Baden-Württemberg im Vergleich mit ganz Deutschland im Jahr 2017:

22,2 - 22,7 Prozent in Baden Württemberg

36,0 Prozent in Deutschland

Daten Baden Württemberg:

https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Energie/Erneuerbare-Energien-2017.pdf

https://www.foederal-erneuerbar.de/uebersicht/bundeslaender/BW|BY|B|BB|HB|HH|HE|MV|NI|NRW|RLP|SL|SN|ST|SH|TH|D/kategorie/strom/auswahl/772-anteil_erneuerbarer_/#goto_772

Daten Deutschland:

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/erneuerbare-energien-in-zahlen-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=27

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#statusquo>

Anteil erneuerbarer Energieträger (EE) an der Bruttostromerzeugung

Die gesamte erzeugte Strommenge in einem Kraftwerk oder innerhalb eines Landes, einschließlich des Eigenverbrauchs der Anlagen und der Leitungsverluste, bezeichnet man als **Bruttostromerzeugung**.

<https://www.unendlich-viel-energie.de/glossar?letter=B>

Ziel: Der Indikator, der aus zwei Komponenten besteht, dient als Maß für Klimaschutz und Importvermeidung in der Stromwirtschaft.

Aussage: Je höher der Prozentwert dieses Indikators, desto höher ist der Anteil an klimaneutralen und nicht zu importierenden Energieträgern in der Stromwirtschaft.

https://www.lak-energiebilanzen.de/erlaeuterungen_indikatoren/#_EEamBrEEV

**Anteil erneuerbarer Energieträger (EE) an der Bruttostromerzeugung
Baden-Württemberg im Vergleich mit ganz Deutschland im Jahr 2017:**

27,1 - 27,5 Prozent in Baden Württemberg

33,1 Prozent in Deutschland

Daten Baden Württemberg:

https://www.foederal-erneuerbar.de/uebersicht/bundeslaender/BW|BY|B|BB|HB|HH|HE|MV|NI|NRW|RLP|SL|SN|ST|SH|TH|D/kategorie/strom/auswahl/510-anteil_erneuerbarer/#goto_510

https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Energie/Erneuerbare-Energien-2017.pdf

Daten Deutschland:

https://www.foederal-erneuerbar.de/uebersicht/bundeslaender/BW|BY|B|BB|HB|HH|HE|MV|NI|NRW|RLP|SL|SN|ST|SH|TH|D/kategorie/strom/auswahl/510-anteil_erneuerbarer/#goto_510

Baden Württemberg: Im Jahr 2016 wurden insgesamt 78,4 Mio.t CO₂-Äquivalente emittiert und damit 1,8 Mio.Tonnen (2,4%) mehr als noch im Jahr 2015

Die zusammenfassende Darstellung der energiebedingten und nicht energiebedingten Treibhausgasemissionen zeigt Schwankungen in den letzten Jahren auf. Im Jahr 2016 wurden insgesamt 78,4 Mio.tCO₂-Äquivalente emittiert und damit 1,8 Mio.Tonnen (2,4%) mehr als noch im Jahr 2015. Dies ist der zweite Anstieg in Folge. Somit hat sich die Ausgangssituation für die Zielerreichung im Jahr 2020 im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Klima/180709_IEKK-Monitoring-Kurzbericht-2017.pdf

Baden Württemberg: Im Jahr 2017 wurden insgesamt 78,7 Mio.t CO₂-Äquivalente emittiert Die Zunahme der Klimagasemissionen hat sich 2017 jedoch verlangsamt

Im Jahr 2017 war in Baden-Württemberg erneut kein signifikanter Rückgang der Treibhausgas-Emissionen zu verzeichnen. Die Zunahme der Klimagasemissionen hat sich 2017 jedoch verlangsamt. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes lagen die Treibhausgas-Emissionen (Kohlendioxid (CO₂), Methan und Lachgas) in Baden-Württemberg im Jahr 2017 bei rund 78,7 Millionen (Mill). Tonnen (t) und bewegten sich damit etwa auf Vorjahresniveau.

<https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2019088>

https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Klima/190917_IEKK-Monitoring-Kurzbericht_2018.pdf

<https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2019088>

CO₂-Emissionen im Verkehr 2017 leicht gestiegen

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistisches Landesamtes lagen die gesamten Kohlendioxidemissionen (CO₂-Emissionen) in Baden-Württemberg im Jahr 2017 bei 71,9 Millionen Tonnen (Mill. t). Davon war gut ein Drittel der Emissionen (ca. 24 Mill. t) verkehrsbedingt. Im Jahr 2017 lagen die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen mit 2,8 Mill. t immer noch deutlich über dem Referenzjahr 1990.

<https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2019120>

Mehr Verkehr auf den Straßen in Baden Württemberg

Der Verkehr auf den Straßen in Baden-Württemberg nimmt weiter zu. Er wächst aber nicht mehr so schnell wie in den vergangenen Jahren. An den Hotspots im Land sind Ausbaumaßnahmen erforderlich. Ohne Ausbau und Stärkung des Schienenverkehrs, ob für Güter oder Personen, lassen sich allerdings die Verkehrsprobleme auf der Straße nicht lösen.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/mehr-verkehr-auf-den-strassen-im-land/>

Straßenbau 2018 erneut auf Rekordniveau

Baden-Württemberg hat im Jahr 2018 die Rekordsumme von 1,5 Milliarden Euro für Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen ausgegeben. Das ist das Ergebnis einer konsequenten und strategischen Verkehrspolitik. Schwerpunkt ist der Erhalt und die Ertüchtigung der bestehenden Straßeninfrastruktur.

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/strassenbau-2018-erneut-auf-rekordniveau/>

Baden Württembergische Landesregierung sagt: "Wir sind nicht auf dem richtigen Weg" - aber sie meint: es liegt im Wesentlichen nicht an ihr.

"Wir sind nicht auf dem richtigen Weg. Wir werden auch in Baden-Württemberg das Ziel für 2020 nicht mehr erreichen können, weil wesentliche und grundsätzliche Weichenstellungen fehlen, die nicht in der Zuständigkeit des Landes liegen. Aber auch, weil die Klimakrise erst vor kurzer Zeit in den Augen der weiteren Öffentlichkeit die Dringlichkeit erreicht hat, die ihr meiner Meinung nach schon sehr lange gebührt hätte."

https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Klima/190917_IEKK-Monitoring-Kurzbericht_2018.pdf

Monitoring-Kurzbericht 2018: Mehr Anstrengungen nötig

Laut aktuellem Monitoring-Kurzbericht sind die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg von 1990 bis 2017 um 12 Prozent (= 10,4 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente) zurückgegangen. Die Emissionen des Verkehrssektors sind gegenüber 1990 aufgrund des gestiegenen Verkehrsaufkommens, vor allem im Güterverkehr, sogar um 13 Prozent angestiegen. Um das gesetzliche Klimaschutzziel von Minus 25 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen, müssten bis zum Jahr 2020 weitere 11,9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart werden.

<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/klima/klimaschutz-in-baden-wuerttemberg/integriertes-energie-und-klimaschutzkonzept/monitoring/>

Kretschmann für Dieselprivileg

Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hat die Subvention von Dieselkraftstoff an der Zapfsäule verteidigt: „*Ich bin strikt dagegen, dass wir jetzt auch noch das Fass Dieselprivileg aufmachen*“, sagte der Grünen-Politiker im Gespräch mit den Stuttgarter Nachrichten. Viele grüne Spitzenpolitiker fordern, Diesel und Benzin gleich zu besteuern und damit Diesel an der Tankstelle teurer zu machen. Bislang zahlen Autofahrer für einen Liter Dieselkraftstoff rund 18 Cent weniger als für einen Liter Benzin.

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.baden-wuerttembergischer-ministerpraesident-kretschmann-fuer-dieselprivileg.689f289d-b155-48e0-85d2-982430a210df.html>

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.baden-wuerttembergischer-ministerpraesident-kretschmann-fuer-dieselprivileg.f2cc1164-e4b2-42fd-be01-a56eebd2a29b.html>

Winfried Kretschmann *“Weniger Autos sind besser als mehr”* (24. April 2011)

Kretschmann: *“Weniger Autos sind natürlich besser als mehr. Wir müssen in Zukunft Mobilitätskonzepte verkaufen und nicht nur Autos. Dazu gehören Laufen, Fahrradfahren, Autofahren, Eisenbahnfahren. Das müssen wir so klug vernetzen, dass man gut vorankommt und die Umwelt schont. ... Denn wenn die Chinesen genauso viele Autos fahren wollen, wie wir das bisher tun, dann ist das ruinös für den Planeten.”*

<https://www.bild.de/politik/inland/winfried-kretschmann/weniger-autos-in-deutschland-teil-2-17564360.bild.html>

<https://www.welt.de/wirtschaft/article13253396/Weniger-Autos-sind-natuerlich-besser-als-mehr.html>

<https://www.zeit.de/2011/18/Verkehrspolitik-Baden-Wuerttemberg>

Sofortige Kritik - auch von Daimler

Kaum dass Winfried Kretschmann anregte, weniger Autos zu bauen, brach die Kritik über ihn herein. Im Land der Premium-Autos ist damit nicht zu spaßen.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.winfried-kretschmann-weniger-autos-sind-besser-als-mehr.21ab2ee5-6c1b-4cc1-ad17-31a3a4f6cb3e.html>

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/gruen-rot-in-baden-wuerttemberg-kretschmann-will-weniger-autos-a-758915.html>

Porsche-Betriebsratschef Hück appelliert an die Grünen, keine Angst vor der Autoindustrie zu schüren. Nicht nur deshalb ärgert er sich über Kretschmann.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.porsche-betriebsrat-hueck-appelliert-an-die-gruenen.25ed03c2-30b7-4f5a-80c8-e6a16a96669b.html>

Kretschmann hatte mit seinem Plädoyer für weniger und kleinere Autos viel Kritik einstecken müssen. In Zuffenhausen warfen sie ihm postwendend eine Porsche-feindliche Haltung und Jobvernichtung vor. Porsche-Chef Müller wünschte sich vom Grünen Ministerpräsidenten „Rahmenbedingungen, die uns mehr stimulieren als strangulieren“.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article13403262/Kretschmanns-libidinoeses-Verhaelt-nis-zu-Porsche.html>

“Für uns und für dieses Land ist jedes Auto wichtig”

Erich Klemm, Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Daimler und IG-Metall:

“Der grüne Ministerpräsident hat am Anfang seiner Amtszeit mit der Aussage, dass „weniger Autos besser seien als mehr“ für heftige Irritationen gesorgt. Schließlich leben wir in diesem Land davon, dass hier möglichst viele Autos gebaut werden. Winfried Kretschmann hat den Metallern gegenüber allerdings inzwischen mehrfach versichert, dass ihm klar sei, welche wichtige Rolle die Autoindustrie in

Baden-Württemberg spielt. Ein Halbsatz in einem Interview sei von den Medien völlig überinterpretiert worden, um einen Konflikt zu konstruieren, den es nicht gäbe."

Quelle: Brennpunkt magazin (IG Metall), Ausgabe Nr. 115, Juli 2011, Seite 2

Kretschmann arrangiert sich mit der Autoindustrie (30. Mai 2011)

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat der Autoindustrie die Hand zur Versöhnung ausgestreckt, und der Porsche-Vorstandsvorsitzende Matthias Müller nahm die Geste dankend an. Vor laufenden Kameras erklärten der Regierungschef und der Vorstandsvorsitzende in Stuttgart die Differenzen über Kretschmanns Äußerungen über die deutsche Fahrzeugindustrie für beendet. Der 63 Jahre alte Ministerpräsident schlug wieder versöhnlichere Töne an. Der Südwesten solle ein wichtiger Autostandort bleiben, sagte er nach einem Besuch bei Porsche und einem Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden im Stammwerk in Stuttgart-Zuffenhausen.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/automobilindustrie/baden-wuerttemberg-kretschmann-arrangiert-sich-mit-autoindustrie-14692.html>

<https://www.stern.de/politik/deutschland/kretschmann-zu-besuch-bei-porsche--kein-e-guten-freunde--aber-gute-partner--3031196.html>

Kretschmann fehlt einfach das "libidinöse Verhältnis zu diesen Autos"

Distanz bleibt dennoch: Er habe einfach nicht das „libidinöse Verhältnis zu diesen Autos, wie diejenigen, die sie gerne fahren“, räumte Kretschmann ein.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article13403262/Kretschmanns-libidinoeses-Verhaeltnis-zu-Porsche.html>

"Es gibt keinen schwärzeren Grünen als Kretschmann."

<https://www.zeit.de/gesellschaft/2017-07/autoindustrie-baden-wuerttemberg-tankst-elle-krise/komplettansicht>

Überhaupt hat sich Kretschmann, sehr zum Ärger der Linken unter den Grünen, in vielen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen rechts vom CDU-Mainstream positioniert – und wird dafür gelobt. Speziell in Sachen Erbschaftsteuer, sagt IHK-Präsident Peter Kulitz, habe sich der grüne Ministerpräsident gegenüber den

Familienunternehmern konzilianter gezeigt als der CDU-Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Eine "steile Lernkurve" attestiert Kulitz dem Grünen. Die Eintracht mit der Wirtschaft ging so weit, dass ein innerparteilicher Gegenspieler Kretschmanns bei den Grünen heute sagt: "Er hat die CDU in Sachen Erbschaftsteuer noch rechts überholt." Als grüner Ministerpräsident des Wirtschaftswunderlands Baden-Württemberg habe er das auch gar nicht anders machen können. "Aber es killt uns eben dort, wo wir nicht regieren."

<https://www.zeit.de/2016/12/baden-wuerttemberg-winfried-kretschmann-die-gruene>
[n](#)

Der grüne Autoversteher

Im Gegensatz zu einigen Protagonisten der Grünen auf Bundesebene hat Kretschmann erkannt, was auf dem Spiel steht. „Die Leute wollen vieles, aber sie wollen nicht auf Prosperität verzichten“, sagte er kürzlich. Und wenn sich Baden-Württemberg, das wie kein anderes Bundesland von der Automobilindustrie abhängig ist, abrupt von der Technologie der Verbrennungsmotoren verabschieden würde, dann würden Wohlstand und Wertschöpfung vernichtet.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/diesel-debatte-winfried-kretschmann-verteidigt-moderne-diesel-technik-15149691.html>

38 Prozent – Neuer Rekordwert für die Grünen bei Umfragen (September 2019)

Die Grünen in Baden-Württemberg liegen nach einer neuen Umfrage bei 38 Prozent. Das geht einer Befragung von Infratest Dimap für den SWR und die „Stuttgarter Zeitung“ hervor. Die 38 Prozent sind der höchste Wert, den Infratest nach eigenen Angaben bundesweit jemals für die Grünen gemessen hat.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article200568418/Gruene-bei-38-Prozent-in-Umfrage-in-Baden-Wuerttemberg-Neuer-Rekordwert.html>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/bw-trend/bw-trend-september-2019,swr-umfrage-infratest-dimap-september-2019-100.html>

„Mission E“ bei Porsche- Mitarbeiter finanzieren Bau eines Elektroautos mit

Management und Betriebsrat von Porsche haben sich auf ein Sparpaket von mehreren hundert Millionen Euro zum Bau des neuen Elektroautos am Standort Zuffenhausen verständigt. Tarifbeschäftigte und führende Angestellte sollen ihren Beitrag leisten.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.mission-e-bei-porsche-mitarbeiter-finanzieren-bau-eines-elektroautos.0e215f11-f2af-4caf-b857-f8d863d84c70.html>

<http://www.labournet.de/branchen/auto/auto-vw/vw-konzern/mission-e-bei-porsche-mitarbeiter-finanzieren-bau-eines-elektroautos/>

Der Betriebsratschef Uwe Hück der E-Porsche Taycan

In der Stuttgarter Stammebelegschaft wuchs zunehmend der Unmut, dass immer nur in Leipzig investiert wurde. Und gerade der E-Sportwagen wurde als unverzichtbar angesehen für die Zukunft der Produktion am Stammsitz. Mit einem spektakulären Deal boxte Hück dann durch, dass die neue E-Auto-Produktion nicht in Leipzig entstand, sondern in Stuttgart.

Direkt neben dem beengten Stammwerk, das seit Jahren aus allen Nähten platzt, wurde auf einem zugekauften Nachbargrundstück eine neue Fabrik hochgezogen. Die Mitarbeiter verzichteten dafür auf eine Teil ihrer Tariferhöhung, im Gegenzug flossen die fast zwei Milliarden Euro für den Ausbau nicht nach Leipzig, sondern nach Stuttgart. Und auch die 1200 neuen Jobs entstehen dort und nicht in Sachsen.

<https://www.lvz.de/Nachrichten/Wirtschaft/Wirtschaft-Regional/Wie-Uwe-Hueck-verhinderte-dass-der-erste-E-Porsche-aus-Leipzig-kommt>

Porsche Taycan Modelle

<https://www.porsche.com/germany/models/taycan/taycan-models/>

Porsche Taycan Turbo S - Hersteller-Angaben und ADAC-Testdaten

zwei Elektromotoren mit 460 kW/625 PS Leistung, 1050 Nm Drehmoment, 800-Volt-Architektur, Zweiganggetriebe an der hinteren E-Maschine, Allradantrieb,

Overboost-Leistung: bis zu 560 kW/761 PS

0 – 100 km/h: 2,8 s; 0 – 200 km/h: 9,8 s

Leergewicht: 2305 kg

<https://www.adac.de/der-adac/motorwelt/reportagen-berichte/auto-innovation/porsche-taycan-elektro-sportwagen/>

Video zum Taycan Test:

<https://www.youtube.com/watch?v=E-r9o6O2Gf0>

Der Null-Emissions-Porsche

Wer das volle Drehmoment bei jeder Gelegenheit ohne Vorwarnung ausleben möchte, darf sich nicht wundern, wenn sich die Mitfahrer mit weit aufgerissenen Augen im Sitz einspreizen, statt die Fahrt im Null-Emissions-Porsche entspannt zu genießen.

<https://www.sueddeutsche.de/auto/test-porsche-taycan-1.4490093>

Dass es den neuen Taycan erst 2020 in Europa zu kaufen gibt, hat allerdings noch einen ganz anderen Grund: Die verschärften europäischen Emissionsbestimmungen gelten erst im nächsten Jahr. Es würde sich für Porsche nicht lohnen, den neuen Taycan schon jetzt innerhalb der EU zu verkaufen, weil das Auto in der Emissionsbilanz nicht angerechnet werden kann. Das geht erst im neuen Jahr.

Ein reines Elektroauto wie der Taycan wird mit null Gramm Kohlendioxid angerechnet. Damit kann ein Hersteller wie Porsche einen Ausgleich zu klassischen Benziner-Modellen schaffen, weil für die Emissionen ein Durchschnittswert von allen verkauften Fahrzeugen ermittelt wird.

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/erster-elektrosportwagen-aus-zuffenhausen-der-porsche-taycan-soll-tesla-alt-aussehen-lassen/25079746.html>

Ökobilanzen und die Probleme mit E-Auto-Batterien

Sind E-Autos ein großer ökologischer Fortschritt? Oder verschärfen sie das Klimaproblem nur?

<https://www.spektrum.de/news/wie-ist-die-umweltbilanz-von-elektroautos/1514423>

Sind Elektroautos ein entscheidender Teil der Energiewende, wie Politik und Industrie gerne behaupten? Oder nutzen sie dem Klima weit weniger als erwartet? Eine Spurensuche.

<https://www.spektrum.de/magazin/wie-oekologisch-sind-elektroautos/1555470>

<https://www.welt.de/motor/article175010555/Oeko-Bilanzen-fuer-E-Autos-sind-fast-ummoeglich.html>

<https://www.welt.de/motor/news/article165544500/E-Auto-Batterie.html>

<https://www.auto-motor-und-sport.de/tech-zukunft/alternative-antriebe/elektroauto-co2-umweltschaeden-lithium-kobalt/>

Handlungsbedarf und -optionen zur Sicherstellung des Klimavorteils der Elektromobilität (Studie Öko-Institut 2017)

<https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Klimavorteil-E-Mob-Endbericht.pdf>

Was passiert, wenn die Grünen mal über 50 Prozent kommen ... ?

Die Grünen als postmoderne Milieupartei ...

<https://www.boell.de/de/2018/09/14/gruene-wir-erzaehlungen-und-die-arbeitsgesellschaft>

Von der Dagegen- zur Sowohl-als-auch-Partei: Mit postmoderner Gesellschaftstheorie wollen die Grünen die breite Masse für sich gewinnen

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-gruenen-im-aufschwung-eine-vision-fuer-die-zukunft-fehlt-a-1289731.html>

Annalena Baerbock und Robert Habeck sagen dazu:

“So, wie die Sozialdemokratie einst die industrielle Revolution gebändigt hat, müssen wir nun die digitale, postmoderne Welt zivilisieren. ... Die digitale Revolution dagegen macht unsere Leben immer singulärer, die Gesellschaft löst sich auf in lauter neue Gruppen und Untergruppen.”

<https://www.gruene.de/artikel/gruene-vorhut-fuer-die-breite-der-gesellschaft>

... und neoliberale Partei

Albrecht Müller:

“Eigentlich muss man sich nicht wundern: Gewählt werden Grüne, die sich an die neoliberale Praxis und an militärische Interventionen als Ersatz der Politik gewöhnt haben.”

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=46657>

Antje Vollmer und Ludger Volmer:

“Die Parole, linke Politik sei „Ideologie“ und in den sozialistischen Staaten endgültig gescheitert, führte zu einer erstaunlichen Anpassung an die populären Ideen des Neoliberalismus mit seinen Deregulierungen, Privatisierungen und dem Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge. Das Ergebnis: Um die Jahrtausendwende waren die Grünen in ihrem Funktionärskader so gentrifiziert wie die Stadtteile, in denen sie bevorzugt wohnten.”

<https://www.berliner-zeitung.de/politik/meinung/gastbeitrag-die-gruenen--sie-sind-kraftlos-und-mutlos-30008570>

Der postmoderne Irrtum

In dem Maße, wie der neoliberale Kapitalismus zur Ultima Ratio der Welterkenntnis erklärt wurde, geriet in Vergessenheit, dass es auch mal einen anderen, einen sozial eingehegten Kapitalismus gab – den durch den Keynesianismus geprägten New-Deal-Kapitalismus, der in Deutschland lange unter dem Stichwort des Rheinischen Kapitalismus firmierte. Nach 1990 wurden aber alle großen

ökonomischen Debatten für beendet erklärt. Und indem sich die Linke auf den Kurs des „Dritten Weges“ begab, sich postideologisch und pragmatisch gab, beteiligte sie sich am Verschwinden dieser Debatten. Zum ökonomischen Neoliberalismus, der fortan als alternativlos galt, gesellte sich dann noch ein postmoderner Liberalismus.

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-postmoderne-irrtum>

6. SOLO – Anny Hartmann

Webseite von Anny Hartmann

<https://annyhartmann.de>

20. Mai 47 v.Chr. Veni, vidi, vici - Julius Cäsar bereitet Sieg vor über Pharnakes II.

<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/kalenderblatt/2005-veni-vidi-vici-julius-caesar-bereitet-schlacht-bei-zela-vor-roemischer-buergerkrieg-100.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Veni,_vidi,_vici#cite_note-1

Die Malediven kämpfen gegen den Untergang

Die Malediven liegen mitten im Indischen Ozean – und bekommen die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren wie kaum ein Land sonst.

<https://www.swp.de/politik/ausland/die-malediven-kaempfen-gegen-den-untergang-27671612.html>

<https://www.faz.net/aktuell/reise/malediven-das-fragile-paradies-16214745.html>

Geschichte der Mülltrennung

<https://www.welt.de/wirtschaft/article933879/Geschichte-der-Muelltrennung.html>

Deutsche produzieren 38 Kilogramm Plastikmüll pro Kopf

Die Deutschen gehören zu den größten Plastikmüll-Verursachern in Europa. Wie aus dem am Donnerstag von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) veröffentlichten „Plastikatlas 2019“ hervorgeht, verursachte jeder Bundesbürger im Jahr 2016 durchschnittlich rund 38 Kilogramm Plastikmüll. Das war deutlich mehr als der **durchschnittliche EU-Bürger mit 24 Kilogramm** zu verantworten hatte. Innerhalb der EU lag nur in Luxemburg mit 50,5 Kilogramm pro Kopf, Irland (46,2) und Estland (42,2) der Kunststoff-Verbrauch noch höher.

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.plastikatlas-2019-deutsche-produzieren-38-kilogramm-plastikmuell-pro-kopf.47ff3241-8944-4426-b943-edfe636daeef.html>

BUND PlastikAtlas 2019

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/chemie/chemie_plastikatlas_2019.pdf

Jeder dritte Neuwagen ist ein SUV

<https://www.firmenauto.de/pkw-neuzulassungen-jeder-dritte-neuwagen-ist-ein-suv-10891508.html>

<https://www.welt.de/motor/news/article194853071/Jeder-dritte-Neuwagen-ist-ein-SUV-Pkw-Neuzulassungen.html>

Bundestag lehnt Tempolimit 130 auf Autobahnen und Nulltarif im ÖPNV ab

Der Bundestag hat am Donnerstag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, AfD und FDP zwei Anträge der Linken und der Grünen zur Verkehrswende abgelehnt. Eine große Mehrheit der Abgeordneten sprach sich in namentlicher Abstimmung gegen die Initiative der Grünen aus, eine "allgemeine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Bundesautobahnen" einzuführen. Mit den Antragstellern war nur die Linksfraktion für eine solche Vorgabe.

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Bundestag-lehnt-Tempolimit-130-auf-Autobahnen-und-Nulltarif-im-OePNV-ab-4559429.html>

Flächen ungerecht verteilt

58 Prozent der Verkehrsflächen in der Bundeshauptstadt sind für das Auto reserviert, davon 19 Prozent für parkende Fahrzeuge.

<https://www.boell.de/de/2018/11/30/mobilitaet-gerecht-gestalten>

Parkplätze bekommen mehr Raum als Kinder. Grünflächen und Spielplätze sind wichtig zur Erholung, doch in Berlin gibt es 10 Mal so viel Fläche für Parkmöglichkeiten wie für Spielplätze.

https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2018/Oeffentlicher_Raum_ist_mehr_wert/Agora-Verkehrswende_oeffentlicher-Raum_Factsheet_WEB.pdf

In diesen Städten nehmen Autos den meisten Platz an der Gesamtfläche der Stadt weg

<http://blog.ubeeqo.de/news/in-diesen-stadten-nehmen-autos-den-meisten-platz-weg>

<https://www.wiwo.de/technologie/mobilitaet/parkende-pkw-in-diesen-staedten-rauben-autos-den-meisten-platz/14656794.html>

Schwarzfahren

Paragraf 265a des Strafgesetzbuchs sanktioniert Schwarzfahren als Erschleichen von Leistungen mit bis zu einem Jahr Haft oder Geldstrafe.

<https://dejure.org/gesetze/StGB/265a.html>

https://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article183474620/Schwarzfahren-Strafat-oder-Ordnungswidrigkeit.html

<https://www.bussgeldkatalog.org/schwarzfahren/>

Wer zu arm ist, kommt in den Knast. Jährlich sitzen etwa 7.000 Schwarzfahrer im Gefängnis. Sie verbüßen eine Ersatzfreiheitsstrafe.

<https://taz.de/Haftstrafen-fuer-Schwarzfahren/!5529577/>

"Die Leute haben einfach nicht das Geld"

Schwarzfahren ist in Deutschland eine Straftat. Allein die Berliner Justiz befasst sich nach Angaben des deutschen Richterbundes jedes Jahr mit rund 40.000 Delikten dieser Art. Weil die Fälle die Justiz geradezu vollspammen, **fordert der Richterbund, den Straftatbestand abzuschaffen oder zumindest zu überarbeiten.**

<https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/schwarzfahren>

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article172190286/Richterbund-stellt-Schwarzfahren-als-Straftat-in-Frage.html>

Die Verkehrsunternehmen kostet es auf jeden Fall viel Geld. 250 Millionen Euro gehen ihnen jedes Jahr durch nicht gekaufte Tickets verloren, schätzt der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Und noch einmal 100 Millionen müssen sie in die Hand nehmen, um die Kontrolleure und deren Ausrüstung zu bezahlen.

<https://www.waz.de/leben/schwarzfahren-wird-teurer-was-sie-jetzt-wissen-muessen-id10817764.html>

Öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif

Bus und Bahn: Kostenlos rechnet sich. Nahverkehr Ein Nulltarif im ÖPNV klingt erst mal utopisch. Doch es ist der beste Weg zu einer ökologischen, sozialen und modernen Stadt

<https://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/bus-und-bahn-kostenlos-rechnet-sich>

7. Das EEG – der Wanderpfad der Vernunft

Joachim Sauer - Ehemann der Kanzlerin

Sauers Spezialgebiet: Quantenchemie der Festkörper/ Katalyse

<https://www.chemie.hu-berlin.de/de/forschung/quantenchemie>

<https://pubs.acs.org/doi/full/10.1021/acs.jpcc.9b01395>

Vita

<https://www.chemie.hu-berlin.de/de/forschung/quantenchemie/Group/js-1>

https://de.wikipedia.org/wiki/Joachim_Sauer

Bundesregierung 2010: 100 Prozent Erneuerbare Energien bis 2050 ...

Anfang 2010

Der ForschungsVerbund Erneuerbare Energien(FVEE) wurde vom Bundesumweltministerium Anfang 2010 ermutigt, ein Konzept für ein deutsches **Energieversorgungssystem im Jahr 2050** zu formulieren, **das auf 100 % erneuerbaren Energien basiert**.

Die Studie des FVEE zeigt wie ein solches auf 100% erneuerbare Energien basierendes Energieversorgungs-, -verteilungs- und -nutzungssystem im Jahre 2050 aussehen und funktionieren kann, wie ein hohes Maß an Versorgungssicherheit gewährleistet wird und dass ein solches System kostengünstig ist.

Diese Studie wurde im **Juni 2010** vom vom Fachausschuss „Nachhaltiges Energiesystem 2050“ des ForschungsVerbunds Erneuerbare Energien fertiggestellt.

http://www.fvee.de/fileadmin/politik/10.06.vision_fuer_nachhaltiges_energiekonzept.pdf

In dieser Studie bezogen sich der 100 Prozent-Anteil an Erneuerbarer Energie bis 2050 auf alle drei Energieverbrauch-Sektoren: Strom, Wärme und Verkehr.

zu den Sektoren:

<https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/strom/sektorenkopplung/die-verknuepfung-von-strom-waerme-und-verkehr-im-energiesystem-der-zukunft>

Juli 2010

Im Juli 2010 erscheint die Studie des Umweltbundesamtes mit dem Titel::

Energieziel 2050: 100% Strom aus erneuerbaren Quellen

“Ein Umbau der Stromerzeugung auf 100 % erneuerbare Energien in 2050 ist möglich, aber gleichwohl ambitioniert und erfordert entschlossenes politisches Handeln”

In dieser Studie bezieht sich der 100 Prozent-Anteil an Erneuerbarer Energie im Jahr 2050 nur noch auf den Energieverbrauch-Sektor Strom

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/energieziel_2050.pdf

28. September 2010

Die Bundesregierung legt ihr Energiekonzept vor, mit dem Titel:

Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung

In diesem Konzept strebt die Bundesregierung **keinen 100 Prozent-Anteil Erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch** - dem sogenannten Bruttoendenergieverbrauch (BEEV) - bis zum Jahr 2050 an, sondern nur einen **60 Prozent-Anteil am Bruttoendenergieverbrauch (BEEV)**.

“Danach strebt die Bundesregierung folgende Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch an: 30% bis 2030, 45% bis 2040, 60% bis 2050.”

Und für den Energieverbrauch-Sektor Strom strebt die Bundesregierung ebenfalls **keinen 100 Prozent-Anteil Erneuerbarer Energien** am Gesamtenergieverbrauch des Stroms - dem sogenannten Bruttostromverbrauch - **bis zum Jahr 2050 an, sondern lediglich 80 Prozent**

“Danach strebt die Bundesregierung folgende Entwicklung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch an: 50% bis 2030, 65% bis 2040, 80% bis 2050”

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/energiekonzept-2010.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Dann ereignete sich am 11. März 2011 die Nuklearkatastrophe in Fukushima

Fukushima 11.März 2011

<https://www.cicero.de/kultur/was-geschah-am-11-maerz-2011/48541>

<https://www.youtube.com/watch?v=DNEZxkRw7As>

https://de.wikipedia.org/wiki/Nuklearkatastrophe_von_Fukushima

Juni 2011

Bundesregierung: Grundsatz zur Energiewende

“Nach der bis dahin unvorstellbaren Havarie von Fukushima müssen wir die Rolle der Kernkraft allerdings überdenken. Diese Katastrophe mit ihren immer noch nicht ganz abzusehenden Folgen macht es notwendig, Restrisiken der Kernkraft neu zu bewerten. Die Reaktorsicherheitskommission hat eine umfassende Analyse der Risiken der deutschen Kernkraftwerke vorgelegt. ... Wir werden schrittweise bis spätestens Ende 2022 vollständig auf die Stromerzeugung in deutschen Kernkraftwerken verzichten.”

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/energiekonzept-2010-beschluess-e-juni-2011.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Von einem 100 Prozent-Anteil der erneuerbaren Energie am Strom oder gar an der Gesamtenergie, die verbraucht wird ist nichts zu lesen.

November 2012

Autoren des Umweltbundesamtes veröffentlichen einen Fachartikel mit dem sie darauf hinweisen wollen dass:

“2050: In Deutschland Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien”

realisierbar ist.

“Die Bundesregierung hat unter den Eindrücken von Fukushima reagiert und am 6. Juni 2011 die Grundsatzentscheidung zur Energiewende getroffen. Das Energiesystem soll zukünftig auf erneuerbaren Energien basieren. So soll die Stromversorgung im Jahr 2050 zu 80 % aus erneuerbaren Quellen erfolgen und die Gesamttreibhausgasemissionen um 80-95 % gesenkt werden. Dies wird für den Stromsektor enorme Umwälzungen zur Folge haben.

Ein solches Vorhaben führt natürlich zu Fragen und auch zu Ängsten in der Öffentlichkeit, die ernstgenommen werden und reflektiert werden müssen. Dies sind in erster Linie Fragen nach der grundsätzlichen technischen Umsetzbarkeit der Energiewende und nach der Versorgungssicherheit. Beide Fragen können positiv beantwortet werden und das nicht nur für eine auf 80 % erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung, sondern für eine auf 100 % erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung. Dieses Szenario ist von einigen namhaften Institutionen untersucht worden, so auch vom Umweltbundesamt (UBA).“

https://leibniz-institut.de/archiv/lehmann_11_01_12.pdf

Die Bundesregierung läßt sich auf eine auf 100 % erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung als Ziel für 2050 nicht ein.

Bis heute

Bisher steht in den Monitoring-Berichten der Bundesregierung zur **“Energie der Zukunft”** keine Ziele die einen 100 Prozent-Anteil an erneuerbarer Energien an der gesamten Endenergie- (Bruttoendenergieverbrauch) oder dem gesamten Stromverbrauch (Bruttostromverbrauch) anstreben. Man liest in den Tabellen:

“Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bis zum Jahr 2050 - mindestens 80 Prozent”

“Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis zum Jahr 2050 - 60 Prozent”

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/erster-monitoring-bericht-energie-der-zukunft.pdf?__blob=publicationFile&v=7

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/sechster-monitoring-bericht-zur-energiewende.pdf?__blob=publicationFile&v=26

Wandertafel: 38 Prozent Ökostrom-Anteil schon erreicht

Von 100 Prozent Anteil (angestrebt ist aber nur ein mindestens 80 Prozent-Anteil bis 2050) am Bruttostromverbrauch sind in der Bundesrepublik 38 Prozent erreicht

Die der Bundesregierung nahestehende Denkfabrik **'Agora Energiewende'** schreibt dazu:

"2018 war wieder ein Rekordjahr für Erneuerbare Energien. Sie verzeichneten einen Zuwachs von 12,4 Terawattstunden und decken nun 38,2 Prozent des Stromverbrauchs ab."

https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2018/Jahresauswertung_2018/2019-01-09-Foliensatz_Die_Energiewende_im_Stromsektor_2018_DE.pdf

zu 'Agora Energiewende'

<https://www.agora-energiewende.de/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Agora_Energiewende

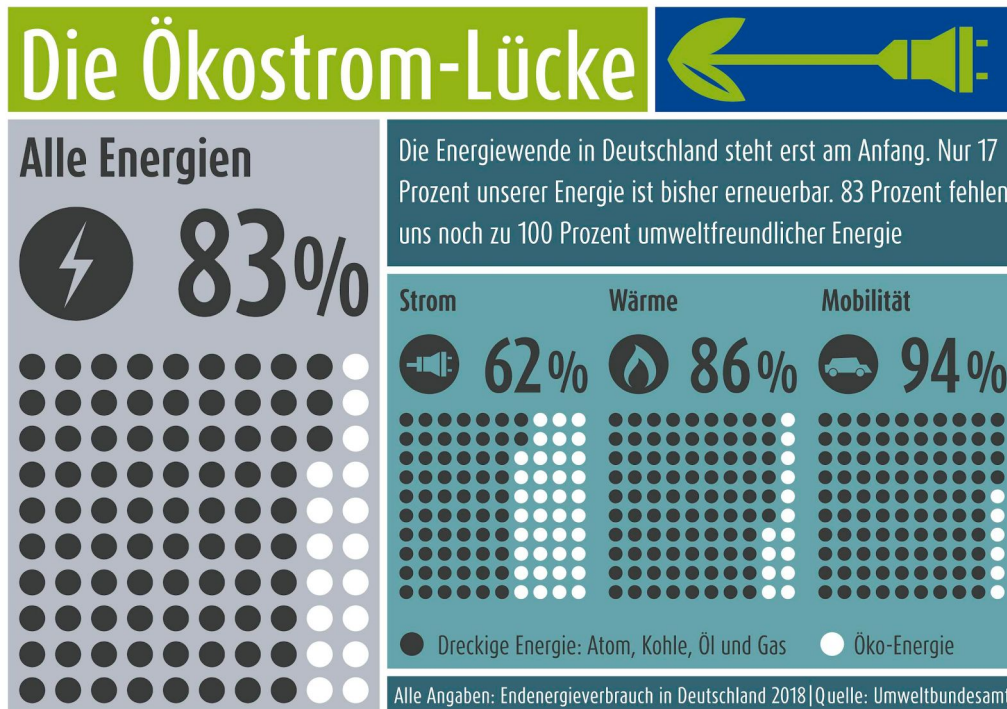
"Die Stromversorgung in Deutschland wird Jahr für Jahr „grüner“. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch wächst beständig: von rund sechs Prozent im Jahr 2000 auf rund 38 Prozent im Jahr 2018. Damit wurde die Zielmarke von 35 Prozent für das Jahr 2020 bereits vorzeitig übertroffen."

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/erneuerbare-energien.html>

Wandtafel: Erst 17 Prozent-Anteil erneuerbarer Energie am gesamten Energieverbrauch erreicht

Wenn man zu dem Energieverbrauch-Sektor Strom noch die Sektoren Wärme und Verkehr hinzunimmt, dann erhält man den gesamten Anteil der Erneuerbaren Energie am gesamten Energieverbrauch dem sogenannte Bruttoendenergieverbrauch. Nach schätzenden Berechnungen der Bundesregierung liegt der 2018 bei einem 16,7 Prozent Anteil am gesamten Bruttoendenergieverbrauch Von 100 Prozent Anteil (Angestrebt ist aber nur ein 60 Prozent-Anteil am Bruttoendenergieverbrauch bis 2050)

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#statusquo>



https://www.lichtblick.de/files/pressemitteilungen/2019/Bilder/LichtBlick_1904_Oekostrom-Luecke_wgitd_print.jpg

Das Erneuerbare Energien Gesetz 2000 (EEG 2000) ... Schöner Pfad zum Ökostrom

Das Erneuerbare Energien Gesetz 2000 stellte eine neue Qualität in der Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland dar. Es wurde nach einem zügigen Gesetzgebungsverfahren zum 1.4. 2000 in Kraft gesetzt und hatte seinen Vorgänger im Stromeinspeisungsgesetz (StrEG) aus dem Jahr 1990.

Das Erfordernis für das EEG 2000 ergab sich unter anderem aus den steigenden Zahlen von Windkraftanlagen, der Verpflichtung im Zuge des Kyoto-Protokolls, die Treibhausemissionen bis zum Jahr 2010 um 21 Prozent zu senken, sowie die durch das Stromeinspeisungsgesetz geltende Ankoppelung der Vergütungssätze erneuerbarer Energien (EE) an die Entwicklung der Strompreise, die einen wirtschaftlichen Betrieb von Anlagen zur Stromerzeugung aus EE nicht mehr gewährleisteten.

Das EEG 2000 enthält ganze zwölf Paragraphen. § 1 EEG postuliert das Ziel, eine Verdopplung des Anteils erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in Deutschland

bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Erstmals wird die Vorrangigkeit des EE-Stroms gegenüber konventionell erzeugtem Strom gesetzlich festgeschrieben.

https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Dossier/eeg.html?cms_docId=71110

<https://www.energie-experten.org/erneuerbare-energien/oekostrom/erneuerbare-energien-gesetz.html>

“Seit dem Jahr 2000 regelt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Anschluss von Windrädern, Solaranlagen, Biomassekraftwerken und anderen Ökostrom-Anlagen an das Netz, es regelt die Abnahme und Vergütung der Elektrizität sowie den Mechanismus zur Finanzierung der Einspeisung, die EEG-Umlage. Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz schreibt seit 2009 einen Mindestanteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung neuer Gebäude vor.”

<https://www.bpb.de/izpb/169534/energiepolitik?p=all>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz>

Solkraft ist die billigste Stromquelle Deutschlands

Ökostrom bricht einen Rekord nach dem anderen: Erst verkündet der Energieversorger Eon, dass im vergangenen Jahr so viel Strom aus grünen Quellen erzeugt wurde wie nie zuvor. Jetzt berichtet das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE), dass Solarkraft die billigste Stromquelle Deutschlands ist. Ausgerechnet die Technik, die lange als teuerste unter den Erneuerbaren Energien galt.

Für die effizientesten Solarparks berechnen die Forscher einen Preis von durchschnittlich 3,71 Cent bis 11,54 Cent pro Kilowattstunde. Zum Vergleich: Elektrizität aus konventionellen Kraftwerken kommt der Studie zufolge auf Herstellungskosten bis zu 21,94 Cent pro Kilowattstunde.

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/erneuerbare-energien-solare-energie-ist-die-billigste-stromquelle-deutschlands/21108860.html?ticket=ST-39251370-UWxhzMwD2EgFq3llpaZe-ap6>

Technische Fortschritte bei der Photovoltaik hätten zu starken Kostensenkungen geführt, "so dass sie unter allen Kraftwerkstypen im Mittel die kostengünstigste Technologie in Deutschland ist"

<https://www.manager-magazin.de/unternehmen/energie/energiewende-solarenergie-ist-die-billigste-stromquelle-a-1199376.html>

Die Bremse: Der 52-Gigawatt-Deckel für die Solarförderung

Ein lange bekanntes Problem:

Der 52-Gigawatt-Deckel greift vor 2020

<https://www.volker-quaschnig.de/artikel/2012-10-52gw/index.php>

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen (NRW) geht davon aus, dass bereits im Frühjahr oder Sommer 2020 der 52-Gigawatt-Deckel für die Solarförderung erreicht wird. Das bedeutet: Wenn die installierte Leistung aller nach dem EEG geförderten Photovoltaik-Anlagen diese Marke erreicht, dann endet nach dem derzeitigen EEG die Einspeisevergütung für alle Neuanlagen bis 750 Kilowatt. Nur die Photovoltaik-Anlagen, die über Zuschläge aus den Sonderausschreibungen realisiert werden, werden nicht auf die 52 Gigawatt angerechnet. Ende Juni lag die Gesamtleistung der in Deutschland installierten Photovoltaik-Anlagen nach Angaben der Bundesnetzagentur bei knapp 48 Gigawatt.

<https://www.pv-magazine.de/2019/08/13/verbraucherzentrale-nrw-52-gigawatt-deckel-bei-solarfoerderung-wird-bis-sommer-2020-erreicht/>

Laut Bundesregierung soll der Anteil Erneuerbarer Energien bis 2030 bei 65 Prozent des Bruttostromverbrauchs liegen. Photovoltaik und Windkraft werden dazu den größten Beitrag leisten.

Der Solarausbau muss deutlich beschleunigt werden, um die Klimaschutzziele 2030 und 2050 zu erreichen. Daher sollte der 52-GW-Deckel, der die Photovoltaik im EEG von 2012 ausbremsen würde, schnellstmöglich durch eine Nachfolgeregelung ersetzt werden.

<https://www.cleanthinking.de/solarausbau-klimaschutzziele-in-gefahr/>

11. Oktober 2019

“Der Bundesrat hat am 11. Oktober 2019 beschlossen, die Deckelung zu kippen und Solaranlagen weiter zu fördern.

Nach Einschätzung des Bundesrates wird der Förderdeckel im Jahr 2020 erreicht. Ein neuer Gesetzesentwurf des Bundesrats sieht nun vor, dass der 52-Gigawatt-Deckel ersatzlos gestrichen wird und damit Solaranlagen in Zukunft weiter gefördert werden. Als nächstes wird der Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebracht.”

<https://www.agrarheute.com/energie/solarfoerderung-regierung-will-52-gw-deckel-streichen-560015>

[https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2019/0401-0500/426-19\(B\).pdf;sessionid=75998FDB08B5711A659286EC5282E9DD.2_cid349?_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2019/0401-0500/426-19(B).pdf;sessionid=75998FDB08B5711A659286EC5282E9DD.2_cid349?_blob=publicationFile&v=1)

Klimapaket zu harmlos - angeblich aus Angst vor dem Wahlvolk

Wenn die Not am größten ist, schickt Angela Merkel ihren besten Mann. Deshalb durfte Peter Altmaier (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, bei Anne Will sitzen und die Beschlüsse des so genannten „Klimakabinetts“ erklären.

<https://www.fr.de/kultur/tv-kino/anne-will-ard-klimapolitik-schwarze-peter-gegen-alle-zr-13029948.html>

Merkel: “... an Innovation und Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft orientieren.”

Die Kanzlerin betonte auch mit Blick auf die geplanten Entscheidungen im Klimakabinetts am 20. September, es gehe um einen „gewaltigen Kraftakt“. Der Klimaschutz solle sich an Innovation und Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft orientieren.

https://www.weser-kurier.de/startseite_artikel,-merkel-wirbt-fuer-mehr-klimaschutz-massnahmen-_arid,1859283.html

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Unternehmerverbänden der Metall- und Elektroindustrie (Gesamtmetall) finanziert wird. Sie will u.a. erreichen, dass der

Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das Institut der deutschen Wirtschaft ist. Die INSM verfügte 2018 über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.

https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Neue_Soziale_Marktwirtschaft

<https://www.insm.de/insm.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Initiative_Neue_Soziale_Marktwirtschaft

Die Angst-Kampagne der INSM gegen das EEG

Printanzeige der INSM im Rahmen der Themenkampagne 2012 „EEG stoppen“

“Kampagne "Energiewende“

EEG stoppen - Energiewende machen!

Die Energiewende wird scheitern, wenn wir sie mit Subventionen und Begünstigungen für willkürlich ausgewählte Technologien weiter verteuern. Stattdessen brauchen wir Marktwirtschaft und Wettbewerb zwischen den Erneuerbaren Energien, um die Energiewende bezahlbar zu machen und wirklich etwas für das Klima zu tun.

28. August 2012“



<https://energiewende-rocken.org/wp-content/uploads/2017/10/INSM-SZ-Schrei-medium-768x248.jpg>



<https://web.archive.org/web/20130119131035/https://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/INSM-Anzeigen/rettet-die-energiewende.html>

Die Fehler-Kampagne der INSM

“Die Fehler der Energiewende

Der Umbau der Stromerzeugung belastet Haushalte, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft - vor allem aber: Der Umwelt ist wenig geholfen. Wie kann die Energiewende trotz steigender Kosten gelingen? Diese Faktensammlung zeigt, was an der Energiewende im Stromsektor schief läuft.

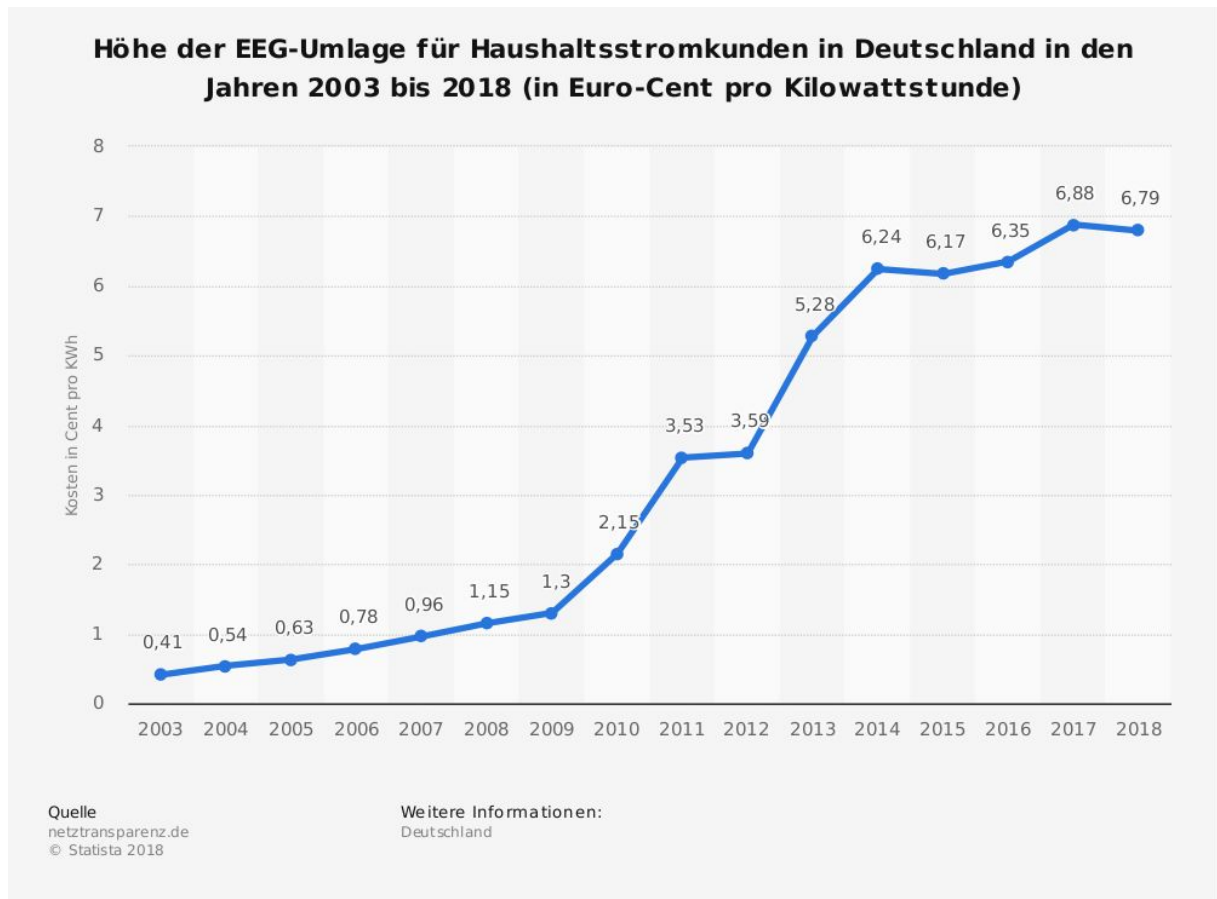
18. Januar 2017”

<https://www.insm.de/insm/themen/soziale-marktwirtschaft/argueliner-11-fakten-zur-energiewende.html>

Überprüfung der INSM-Fakten und ihre Widerlegung

<https://www.solarify.eu/2017/02/20/482-insm-mit-neuer-kampagne-gegen-energiewende/>

Spätestens seit dem deutlichen Anstieg im Jahr 2013 wird die EEG-Umlage für Haushaltskunden (wieder) stark diskutiert. Hier ein Überblick über die Entwicklung seit 2003:



https://statistik-dresden.de/wp-content/uploads/2013/10/statistic_id152973_hoehe-der-eeg-umlage-fuer-haushaltsstromkunden-bis-2018.png

Was versteckte Subventionen für Kohle, Gas und Atom im Vergleich mit der EEG-Umlage kosten

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft hat nachgerechnet, was die versteckten Subventionen für Kohle, Gas und Atom im Vergleich mit der Erneuerbaren-Förderung in Deutschland kosten. Ergebnis: Eine „Konventionelle-Energien-Umlage“ läge aktuell rund 50 Prozent über der EEG-Umlage.

Konventionelle-Energien-Umlage“ deutlich teurer

Würde man, wie bei der EEG-Umlage üblich, diese Kosten zum Strompreis hinzurechnen, ergäbe sich für das Jahr 2017 eine „Konventionelle-Energien-Umlage“

von etwa 10 Ct/kWh (Kosten zwischen 9,4 und 10,8 Ct/kWh). Private Haushalte müssten statt aktuell rund 29 Ct/kWh etwas mehr als 39 Ct zahlen. Diese Differenz, die auf der Stromrechnung nicht auftaucht, wird aus Steuermitteln finanziert. Und: Der aktuelle Wert der nicht ausgewiesenen „Konventionelle-Energien-Umlage“ liegt rund 50 Prozent über dem der so gerne kritisierten EEG-Umlage.

<https://www.neueenergie.net/politik/deutschland/foerderung-fuer-fossile-deutlich-teurer-als-eeg-umlage>

<https://utopia.de/neue-studie-kohle-und-atomstrom-kosten-anderthalb-mal-mehr-als-oekostrom-66390/>

Die Studie

https://www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Studien/2017-10-Was_Strom_wirklich_kostet_lang.pdf

Jährlicher Zubau an Anlagen um das Klimaziel für Strom im Jahr 2030 zu erreichen

(Anmerkung 1 Gigawatt = 1000 Megawatt = 1 Million Kilowatt = 1 Milliarde Watt an Leistung)

[https://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%B6%C3%9Fenordnung_\(Leistung\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%B6%C3%9Fenordnung_(Leistung))

IST-Wert: 6,6 Gigawatt

Onshore-Windenergieanlagen mit 2.402 MW Leistung wurden im Jahr 2018 neu installiert

<https://www.wind-energie.de/themen/zahlen-und-fakten/deutschland/>

Im Jahr 2018 gingen 136 Offshore-Windenergieanlagen mit einer Leistung von 969 MW neu ans Netz.

<https://www.sonnenseite.com/de/energie/ausbau-der-offshore-windenergie-in-2018-erfolgreich-fortgesetzt.html>

Im Jahr 2018 wurden in Deutschland PV-Kraftwerke mit einer Nennleistung von 2,81 GW installiert, in den Jahren 2013-2018 waren es im Mittel nur 1,8 GW/a.

<https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/aktuelle-fakten-zur-photovoltaik-in-deutschland.pdf>

Die Zubaurate lag 2018 im Bereich Biomasse, Wasserkraft und Geothermie zwischen 360 Megawatt und 400 Megawatt.

https://www.netztransparenz.de/portals/1/2019-10-11_Endbericht_enervis.pdf

SOLL-Wert: 16,6 Gigawatt

Ein Weg, mehr zum Klimaschutz beizutragen und damit die Ziele zu erreichen, ist im Koalitionsvertrag von Union und SPD festgeschrieben: die Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien im Stromsektor auf 65 Prozent bis zum Jahr 2030.

Um im Jahr 2030 481 TWh Strom mit Erneuerbaren Energien erzeugen zu können, müssen jährlich große Mengen (ca, 16, 6 GigaWatt) neu installiert werden.

Diese betragen gemäß BEE-Szenario:

- 4.700 MW Windenergie Onshore;
- 1.200 MW Windenergie Offshore;
- 10.000 MW Photovoltaik;
- 600 MW Bioenergie;
- 50 MW Wasserkraft und
- 50 MW Geothermie

https://www.bee-ev.de/fileadmin/Publikationen/Positionspapiere_Stellungnahmen/BE/20190606_BEE_Szenario_2030_online.pdf

Die Bundesregierung will das Klimaziel für Ökostrom im Jahr 2030 erreichen ... und rechnet mit einem geringeren Stromverbrauch

Zugrunde gelegt werden offiziell der Bundesbedarfsplan und der NEP (Netzentwicklungsplan)

Da der Bundesbedarfsplan zuletzt Ende 2015 novelliert wurde, ist davon auszugehen, dass der NEP 2030, Version 2019, nach Bestätigung durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) in der zweiten Jahreshälfte 2019 die Grundlage für die nächste Anpassung des Bundesbedarfsplans durch die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat bildet.

<https://www.netzentwicklungsplan.de/de/netzentwicklungsplaene/netzentwicklungsplan-2030-2019>

Die offiziellen Szenarien des NEP zur Reduktion der Stromnachfrage für das Jahr 2030

Die drei Szenarien A 2030 (556TWh), B 2030 (590 TWh), C 2030 (622 TWh) gehen - nimmt man das arithmetische Mittel - von einer gesamten Stromnachfrage (Bruttostromverbrauch) im Jahr 2030 von **590 Terawattstunden (TWh)** aus; das bedeutet, dass etwa **384 Terawattstunden (65 Prozent)** durch Ökostrom erzeugt sein müssen

https://www.netzentwicklungsplan.de/sites/default/files/paragraphs-files/NEP_2030_V2019_1_Entwurf_Teil1_1.pdf (Seite 110 f.)

Kritik des Bundesverbandes Erneuerbare Energien e.V. (BEE) an den offiziellen Zahlen: *“Die offiziellen Zahlen sind wohl zu niedrig angesetzt”*

Um 65 Prozent erneuerbare Energien am Stromverbrauch im Jahr 2030 zu erreichen, müssen Experten den Bruttostromverbrauch im Jahre 2030 schon jetzt möglichst genau ermitteln. Der BEE geht in seinem Szenario davon aus, dass Stromeinsparungen und Effizienzmaßnahmen durch zusätzliche Stromverbräuche für Wärmepumpen, Elektromobilität und Power-to-Gas- bzw. Power-to-Liquid-Anlagen deutlich überkompensiert werden. In den Berechnungen des BEE steigt der **Stromverbrauch daher bis 2030 auf 740 Terawattstunden.**

Die BEE-Studie weist deshalb auf folgendes Problem hin: Grundlage für die Zahl der neuen Ökostrom-Anlagen sind Berechnungen des Stromverbrauchs im Jahr 2030. Die offiziellen Zahlen sind wohl zu niedrig angesetzt, der **BEE schätzt den Bedarf auf 740 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2030**. Derzeit sind es fast 600 TWh. Entsprechend mehr Ökostrom benötigen wir 2030, der **BEE rechnet mit 481 TWh (65% von 740 TWh)**.

<https://blog.energiesdienst.de/65-prozent-erneuerbare-energien-bis-2030/>

BEE-Studie

https://www.bee-ev.de/fileadmin/Publikationen/Positionspapiere_Stellungnahmen/BE/20190606_BEE_Szenario_2030_online.pdf

Methodik der Studie

https://www.bee-ev.de/fileadmin/Publikationen/Positionspapiere_Stellungnahmen/BE/20190606_BEE_Szenario_2030_Methodik.pdf

Fazit:

Bundesregierung: Offiziell müssen etwa **384 Terawattstunden** (65 Prozent von 590 TWh) im Jahr 2030 durch Ökostrom erzeugt werden.

BEE-Studie: Nach BEE-Rechnungen müssen etwa **481 Terawattstunden** (65 Prozent von 740 TWh) im Jahr 2030 durch Ökostrom erzeugt werden.

Der Ausbau der Solarenergie wurde von den letzten Bundesregierungen gezielt ausgebremst:

der Altmaier-Knick ...

Die Photovoltaik leidet noch heute unter dem Altmaier-Knick; der damalige Umweltminister war verantwortlich für die Novellierung der Photovoltaik-Förderung 2012, die nicht bloß die Fördersätze senkte, sondern auch das Ziel formulierte, jedes Jahr nur den Zubau von Solarzellen mit einer Leistung von 2,5 bis 3,5 Gigawatt zu fördern. Damit sollten vor allem die kräftig steigenden Kosten der Energiewende- oder EEG-Umlage auf den Preis des elektrischen Stroms gebremst werden, die private

Haushalte und Gewerbe auf jede Kilowattstunde Stromverbrauch zahlen müssen. Wie erwartet, wurde daraufhin deutlich weniger Photovoltaik installiert – zu wenig, um den Ausstieg aus der Kernkraft zu kompensieren.

<https://www.spektrum.de/news/erneuerbare-energien-der-energie-wandel-ist-moeglich/1556660>

Die verheerenden Folgen der Novellierung der Photovoltaik-Förderung werden in der Energieforschung von den Wissenschaftlern ironisch als „Altmaier-Knick“ bezeichnet, weil Peter Altmaier (CDU) zum Zeitpunkt der Novellierung Umweltminister war. Nach der Novelle brach die boomende Solarzellenproduktion in Deutschland ein.

https://www.gruene-velbert.de/wp-content/uploads/2016/06/Energiewende_4_V6.pdf

Peter Altmaier, CDU/CSU, Jurist

https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/A/altmaier_peter-517888

https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Altmaier

... und die Sigmar-Senke

Im **Mai 2012** war der spätere Wirtschafts- und Energieminister **Sigmar Gabriel (SPD)** noch Oppositionspolitiker und von der Zukunft der Sonnenenergie überzeugt. **"Die Solarindustrie ist eine Schlüsselindustrie für das 21. Jahrhundert"**, schrieb er auf seiner Facebook-Seite.

Fast genau **zwei Jahre nach diesem Aufruf** zur Verteidigung der Solarindustrie kam Sigmar **Gabriel** aber selbst in den Ruf, die Branche ans Messer liefern zu wollen: Nämlich mit **seiner Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)**, das der Energiewende in Deutschland ihren politischen Rahmen gibt.

<https://www.wiwo.de/technologie/green/nach-gabriel-reform-solar-lohnt-sich-immer-noch/13550566.html>

<https://www.facebook.com/sigmar.gabriel/posts/313118085433619>

Bundestag beschließt 2014 Gabriels EEG-Reform

Zuvor hatte **Gabriel** seine umstrittene **Ökostromreform** mit Kürzungen bei der Förderung in der Debatte im Bundestag verteidigt. Seit 2010 seien die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien um 200 Prozent gestiegen: **"Wir haben drastische Fälle von Überförderung", sagte Gabriel** am Freitag vor der Abstimmung über das Gesetespaket.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/energiewende-bundestag-beschliesst-eeg-reform/10116722.html>

Gabriels EEG-Reform 2014 bedeutet 'Energiewende rückwärts' besonders bei der Solarenergie

Die Sicht von Gabriels damaligen Ministerium für Wirtschaft und Energie: "Die Reform des EEG: Wichtiger Schritt für den Neustart der Energiewende"

https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Navigation/DE/Recht-Politik/EEG_Reform/eeg_reform.html

Das Gesetz bedeutet ab 2014 nach Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft einen weitgehenden Photovoltaik-Marktstillstand, ein Verfehlen der von der Politik selbst gesetzten Ausbauziele – und einen weiteren Verlust von Arbeitsplätzen.

<https://www.sma-sunny.com/eeg-reform-bedeutet-energiewende-rueckwaerts/>

"Jenseits der von der Rabattsicherung beglückten Industrie wird der Vizekanzler kaum neue Freunde und SPD-Anhänger gewinnen. Im Gegenteil, in der öffentlichen Wahrnehmung gilt er jetzt als Genosse der Bosse. Sogar die verfeindeten Lobbys der Solarwirtschaft und der Verbraucherschützer sind sich ausnahmsweise einmal einig: Seine Reform taugt wenig. Peters hält sie sogar für eine 'Frechheit'."

<https://www.zeit.de/2014/29/energiewende-eeg-sigmar-gabriel/komplettansicht>

Die von Gabriel bis Anfang 2017 angeschobene EEG-Reform 2016/2017 bedeutet eine weitere 'verschärfte Energiewende rückwärts'

Sigmar Gabriel in seiner Funktion als Wirtschafts- und Energieminister hat die Länder- und Verbändeanhörung zur EEG-Novelle 2016 eingeleitet. Und das mit den Worten: „Das EEG 2016 behandelt die Erneuerbaren erstmals als etablierte, erwachsene

Technologien und schafft die Basis dafür, die Kosten zu stabilisieren und so die Akzeptanz für die Energiewende zu stärken.“

<https://www.erneuerbareenergien.de/archiv/dem-solarstrom-nicht-laenger-den-stecker-ziehen-150-436-94832.html>

Das EEG 2016/2017 bezweckt einen grundsätzlichen Systemwechsel vom Modell der Einspeisevergütungen hin zum Ausschreibungsverfahren, der bereits mit dem im EEG 2014 im Bereich der Photovoltaik-Freiflächenanlagen als Pilotprojekt getestet worden war. Zudem werde erstmals der Ausbau der erneuerbaren Energien nach oben gedeckelt

<https://www.heise.de/tp/features/Deutliche-Ausbremung-des-Ausbaus-der-erneuerbaren-Energien-droht-3255876.html>

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eeg-2016-reform-ende-des-ausbaus/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz#Erneuerbare-Energien-Gesetz_\(2016/2017\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz#Erneuerbare-Energien-Gesetz_(2016/2017))

Sigmar Gabriel, SPD, Lehrer

Vom 17. Dezember 2013 bis zum 26. Januar 2017 war Sigmar Gabriel Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland im Kabinett Merkel III.

Als Wirtschaftsminister war er unter anderem für die Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland, die Verhandlungen über TTIP und CETA mit Kanada und den USA und, durch die Erweiterung des Wirtschaftsministeriums mit der Energiepolitik, für die Energiewende zuständig. Im Januar 2017 wechselte er ins Auswärtige Amt, blieb jedoch Vizekanzler.

https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/G/gabriel_sigmar-519626

[https://de.wikipedia.org/wiki/Sigmar_Gabriel#Bundesminister_f%C3%BCr_Wirtschaft_und_Energie_\(2013%E2%80%932017\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Sigmar_Gabriel#Bundesminister_f%C3%BCr_Wirtschaft_und_Energie_(2013%E2%80%932017))

Wirtschaftsminister Gabriel wird 2013 als Minister für Wirtschaft und Energie zuständig für wichtige Bereiche der Energiewende

Mit der Bildung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD im Dezember 2013 erhielt das Bundeswirtschaftsministerium die gesamte politische Verantwortung für den Bereich Energiepolitik. Zum Bundeswirtschaftsminister wurde am 17. Dezember 2013 Sigmar Gabriel (SPD) ernannt.

Sein Ressort, das dann "Wirtschaft und Energie" hieß, wurde damit federführend bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und anderen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende, wie sie der Koalitionsvertrag vorsah.

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Ministerium/geschichte-des-bmwi.html>

<http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/131201.htm>

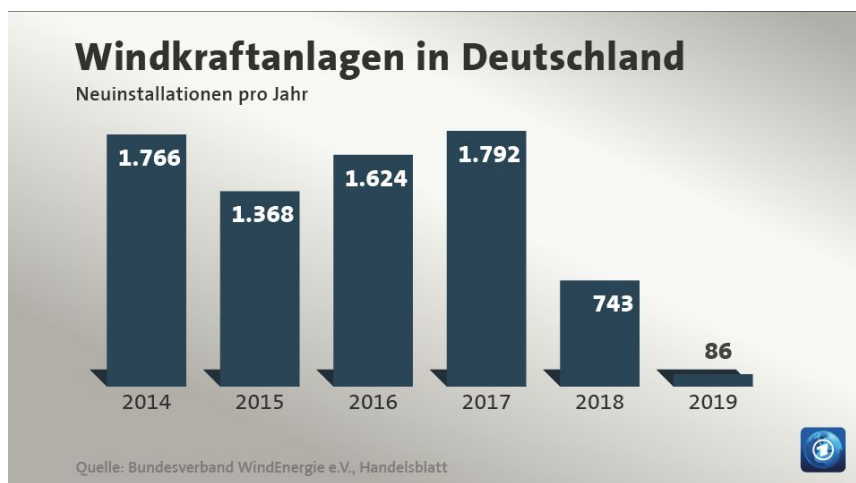
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/wirtschaft-und-energie-gabriel-sortiert-sein-ministerium-12741502.html>

Der Altmaier-Abbruch und das Klimapaket

Windenergie-Ausbau an Land bricht 2018 ein

Der Windenergieausbau an Land ist in Deutschland nach dem Rekordjahr 2017 im Jahr 2018 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Eine Erholung des Marktes ist kurzfristig nicht zu erwarten. Die Branche fordert die Politik zum Handeln auf.

<https://www.windbranche.de/news/nachrichten/artikel-35771-windenergie-ausbau-an-land-bricht-2018-ein>



https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/windkraftanlagen-103~_v-videowebl.jpg

Altmaier bremst (2018):

Obwohl im Koalitionsvertrag ein zusätzlicher Beitrag der Offshore-Windenergie für die Energiewende vorgesehen ist, gibt es kein grünes Licht aus Berlin. Die Industrie fordert zudem, das Ausbauziel für die Offshore-Windenergie für 2030 von 15 auf 20 Gigawatt anzuheben und ein Testfeld in der Ostsee zu realisieren.

Auch der Ausbau der Windenergie an Land wird in Deutschland nicht in dem bisherigen Tempo weitergehen – das ist politisch so gewollt. Durch das Ausschreibungsverfahren, das 2017 eingeführt wurde, ist der Neubau auf 2,8 Gigawatt gedeckelt.

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Deutsche-Windenergie-Branche-fuehlt-sich-ausgebremst-4174709.html>

Altmaier bläst in die Rotoren (2019)

Ein „nationaler Konsens“ soll der Windkraft neuen Schub geben. Konkreter werden nur die anderen Teilnehmer des Branchengipfels.

<https://taz.de/Ausbau-der-Windenergie/!5620872/>

<https://taz.de/Windkraft-Gipfel-der-Bundesregierung/!5620675/>

Windräder sollen mit Blick auf den Klimaschutz die Energiewende in Deutschland vorantreiben. Doch lange Genehmigungsverfahren und viele Klagen bremsen den Windkraft-Ausbau hierzulande massiv.

Bundesregierung will jetzt angeblich gegensteuern

Wirtschaftsminister Peter Altmaier hatte nach einem "Windkraftgipfel" Anfang September angekündigt, zusammen mit den Bundesländern in den kommenden Monaten ein Maßnahmenprogramm zu erarbeiten, um den schleppenden Ausbau an Land wieder zu beschleunigen. Dabei soll es etwa darum gehen, mehr Flächen für Windkraftanlagen verfügbar zu machen und Genehmigungsverfahren zu erleichtern. Außerdem sollen Kommunen finanziell mehr von Windparks profitieren.

<https://www.dw.com/de/flaute-bei-der-windkraft/a-50924854>

Ausbau bricht um 80 Prozent ein (Stand 21.10.2019)

In neun Monaten wurden nur 507 MW neue Windenergieleistung in Betrieb genommen - der niedrigste Zubauwert seit 20 Jahren.

Die ersten neun Monate des Jahres 2019 sind die zubauschwächsten für die Windenergie seit 20 Jahren. Dies zeigt die Auswertung der im Marktstammdatenregister erfassten Inbetriebnahmezahlen: Zwischen Januar und September 2019 gingen gerade einmal 148 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 507 MW ans Netz – ein Wert, der in den vergangenen fünf Jahren jeweils schon innerhalb des ersten Quartals erreicht wurde. Die bisherige Neuanlagenleistung in diesem Jahr liegt um 82 Prozent unter dem Durchschnitt der Vergleichszeiträume zwischen 2014 und 2018.

<https://www.fachagentur-windenergie.de/aktuell/detail/ausbau-bricht-um-80-prozent-ein.html>

Im ‘Eckpunkte-Papier für das Klimaschutzprogramm 2030’ der Bundesregierung vom 20. September 2019 heißt es (auf Seite 17):

“Mindestabstand: Bis zu einem Mindestabstand von 1000 Metern dürfen künftig keine neuen Windkraftanlagen errichtet oder repowert werden. Die Mindestabstandsregelung gilt für reine und allgemeine Wohngebiete, sie gilt auch für dörfliche Strukturen mit signifikanter Wohnbebauung, auch wenn sie nicht als solche ausgewiesen sind.”

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/1673502/768b67ba939c098c994b71c0b7d6e636/2019-09-20-klimaschutzprogramm-data.pdf?download=1>

Das Klimakabinett der Bundesregierung **beschließt also diesen Mindestabstand von 1000 Metern** für Windkraftanlagen **trotz der vorhergehenden Warnung** des eigenen Umweltbundesamtes zu den Konsequenzen einer derartigen Forderung

Umweltbundesamt (UBA): “Zubau an Windenergiekapazität gegenüber dem Status quo ... wäre auf der verbleibenden Fläche faktisch nicht möglich”

“Bereits ein Mindestabstand von 1.000 Metern reduziert die aktuelle Flächenkulisse um 20 bis 50 Prozent. Ein Zubau an Windenergiekapazität gegenüber dem Status quo wäre auf der verbleibenden Fläche faktisch nicht möglich. Um einen weiteren Ausbau der Windenergie zu gewährleisten, müssten stattdessen Flächen zur Verfügung gestellt werden, welche bisher aus anderen Gründen ausgeschlossen wurden. Die Nutzungskonkurrenzen und damit der Druck auf diese Flächen würden steigen”

aus der UBA-Studie vom März 2019 *“Auswirkungen von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und Siedlungen”*

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-03-20_pp_mindestabstaende-windenergieanlagen.pdf

<https://www.neueenergie.net/wissen/wind/umweltbehoerde-sieht-energiewende-in-gefahr>

“Das EEG ist schuld, Das EEG ist schuld!” - oder der Beginn der Strompreislüge

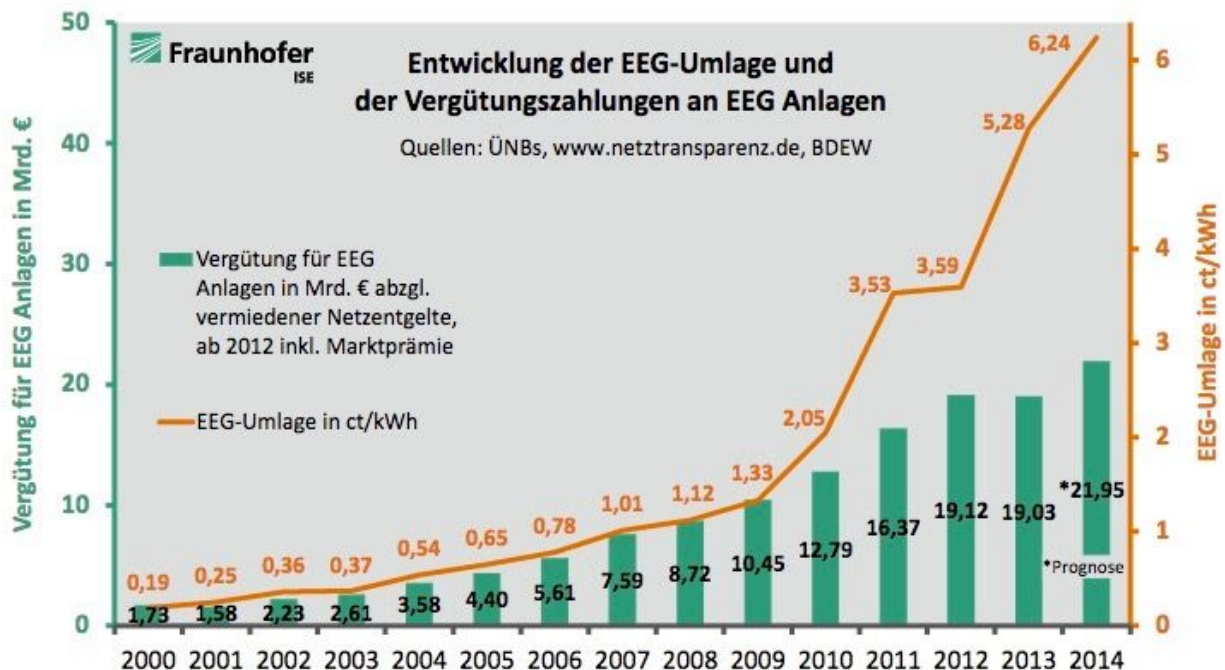


Abbildung 1: Entwicklung der EEG-Umlage und der Vergütungszahlungen

<http://www.agora-fulda.de/wp-content/uploads/2017/06/Bildschirmfoto-2017-03-13-um-17.05.37.jpg>

Jedes Jahr schallt es durch alle Medien, wenn die Zahlen zur neuen EEG Umlage bekannt gegeben werden: „**Schon wieder teurer. Und das alles wegen der Energiewende!**“ Erneuerbare Energien, so heißt es Land auf und Land ab, erhöhen die EEG Umlage dramatisch, und somit auch die Stromrechnung. Der Strom wird teurer, wegen der EEG Umlage und diese steigt, weil die Erneuerbaren zu teuer sind.

Die ursprünglich gute Idee der EEG-Umlage wird seit 2010 durch eine neue Berechnungsmethode unterwandert (siehe Grafik), welche unter der damaligen schwarz-gelben Regierung eingeführt wurde. Fairerweise muss man erwähnen, dass dieser Fehler auch unter Mitregierung der SPD nicht wieder korrigiert wurde.

Die Grafik zeigt, dass **die Entwicklung der EEG-Umlage in ihrem Verlauf bis 2009 der Entwicklung der tatsächlichen EEG-Kosten entsprach**. Sie stieg moderat gemäß des

Zubaus an neuen Anlagen. **Ab 2010 aber beginnen die Kosten, losgelöst vom Ausbau, exponentiell zu explodieren.**

Wie konnte das passieren? Erinnern wir uns kurz, wie die ursprüngliche EEG Umlage – vor 2010 – berechnet wurde. Stark vereinfacht bekam jeder Betreiber z.B. einer Solaranlage als Anreiz zur Investition in Erneuerbare Energie einen festgeschriebenen Betrag für die erzeugte Kilowattstunde. Dieser war etwas höher als der reguläre Strompreis. Die Mehrkosten wurden durch die EEG-Umlage abgedeckt und auf fast alle Stromverbraucher verteilt. Sehr wenige stromintensive Unternehmen waren davon befreit. Mehr Anbieter, also der Ausbau von erneuerbarer Energie, bedeuteten damals eine höhere Umlage. Durch die jährliche Anpassung der Vergütung reduzierten sich aber die Kosten für die Umlage wiederum.

Seit 2010 nun wird die Umlage anders berechnet. Wieder vereinfacht bildet sich die EEG-Umlage nun aus der Einspeisevergütung (Betrag, der dem Erzeuger erneuerbarer Energien durch das EEG zugesichert wird) minus dem Erlös, den der Netzbetreiber für Erneuerbare an der Strombörse erzielt.

<http://www.agora-fulda.de/die-strompreisluege/>

EEG: Diese Reform bleibt vieles schuldig

Statt eine breite Akteurs-Vielfalt zu garantieren, wird die Bürgerenergiebewegung abgewürgt und der Markt den großen Konzernen überlassen. Außerdem sollen Vergütungen gekürzt und die Vermarktungsregeln verändert werden. Die Folge: der Ausbau der Erneuerbaren wird verlangsamt, die Stromversorgung bleibt auf absehbare Zeit schmutziger als nötig.

<https://www.greenpeace-energy.de/blog/wissen/energiepolitik/eeg-die-reform-bleibt-vielles-schuldig/>

EEG-Umlage 2014 – was treibt die Kosten wirklich hoch?

<https://www.sma-sunny.com/eeg-umlage-2014-was-treibt-die-kosten-wirklich/>

Bundesnetzagentur will vierte Stromtrasse für Windenergie

Deutschlands Windenergie soll nach dem Willen der Bundesnetzagentur über eine vierte Stromautobahn von Norden nach Süden übertragen werden. Eine Gleichstrom-Verbindung zwischen Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sei erforderlich, teilte die Regulierungsbehörde am Dienstag in Bonn mit.

Die Behörde hatte einen Vorschlag der Netzbetreiber geprüft. Diese wollten die zusätzliche Trasse von Schleswig-Holstein bis nach Baden-Württemberg bauen. Die Netzagentur ist aber für eine kürzere Strecke nur bis Nordrhein-Westfalen.

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/stromtrasse-bundesnetzagentur-windenergie-1.4554732>

Die großen Netzbetreiber Tennet (niederländischer Staat) und TransnetBW (gehört zu EnBW) erklären, wie die Stromtrasse Suedlink von Nord- nach Süddeutschland am besten verlaufen sollte.

SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt, das als Erdkabel-Verbindung geplant wird. Zuständig sind die beiden Übertragungsnetzbetreiber TenneT TSO GmbH (im Folgenden mit TenneT bezeichnet) und TransnetBW GmbH

https://www.tennet.eu/fileadmin/user_upload/Our_Grid/Onshore_Germany/SuedLink/Par_8/AVZ_8.pdf

Die niederländische Regierung macht sich auf die Suche nach einem Finanzpartner für den staatlichen Übertragungsnetzbetreiber Tennet.

Im Zeitraum 2019 bis 2028 stehen auf der Agenda des Unternehmens, das Höchstspannungsnetze in den Niederlanden und Deutschland betreibt, Investitionen von rund 35 Mrd. Euro

Der niederländischen Regierung geht es vor allem um den hohen Investitionsbedarf und damit verbundene finanzielle Risiken im deutschen Teil des Tennet-Netzes. Das macht Finanzminister Wopke Hoekstra in einem Schreiben an das Parlament

deutlich. Von den geplanten Investitionen in Höhe von 35 Mrd. Euro entfallen 23 Mrd. auf Deutschland und nur 12 Mrd. auf die Niederlande. Von der vorgesehenen

Eigenkapitalaufstockung gehen damit 69 Prozent auf den Finanzbedarf in Deutschland zurück, heißt es in dem Schreiben.

<https://www.energate-messenger.de/news/195073/niederlaendische-regierung-denkt-ueber-tennet-verkauf-nach>

https://de.wikipedia.org/wiki/Tennet_TSO

<https://www.transnetbw.de/de/presse/presseinformationen/presseinformation?id=18>

<https://de.wikipedia.org/wiki/TransnetBW>

Pläne für Nord-Süd-Trasse stoßen auf Kritik

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/netzbetreiber-schlagen-mit-plan-fuer-suedlink-auf-16053623.html>

Kritik des BUND an den Trassenplänen

Ein Ausbau des Stromnetzes ist erforderlich, um Strom aus erneuerbaren Energien zu den Zentren des hohen Verbrauchs transportieren zu können. Dies macht das Stromsystem flexibler und reduziert den Bedarf an neuen fossilen Kraftwerken.

Allerdings ist der **Ausbau der Netze nur dort sinnvoll, wo dies zur Erneuerung des Energiesystems und somit zur effizienten Nutzung erneuerbarer Energien beiträgt.**

Die bisherige Planung der Stromtrassen ist weder mit Klimaschutzzielen noch mit ausreichenden Alternativen verbunden worden.

Der von den Übertragungsnetzbetreibern angegebene Netzausbaubedarf geht aus Sicht des BUND weit über die Anforderungen der Energiewende hinaus. Die Planungen sind viel zu sehr auf einen starken Ausbau von Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee ausgelegt. Ein Ausbau der Windenergie an Land, gerade in Süddeutschland, wird nicht ausreichend berücksichtigt. Gleichzeitig dient der vorgeschlagene Netzausbau eben nicht nur wie behauptet dem Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern auch dem europäischen Stromhandel und der höheren Auslastung klimaschädlicher Kohlekraftwerke. Viele Flexibilisierungsmöglichkeiten, die den Ausbaubedarf reduzieren könnten, bleiben hingegen unberücksichtigt.

<https://www.bund-niedersachsen.de/themen/mensch-umwelt/klima-und-energie/keine-stromtrassen/>

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/stromnetze/energiewende_netzentwicklungsplan_2030_umweltbericht_stellungnahme.pdf

Lokaler Strom statt Suedlink

Etwa 2000 Menschen haben gegen Suedlink demonstriert. Die Trasse soll Windstrom aus dem Norden nach Süddeutschland bringen. Die Demonstranten fordern stattdessen eine regionale Stromerzeugung.

Goliath - das ist für die Demonstranten der Netzbetreiber Tennet sowie die Bundesnetzagentur, die den vorgeschlagenen Trassenverlauf bis voraussichtlich Ende des Jahres 2019 prüfen möchte - so wie die Bundesregierung und Lobbyisten.

Die Lösung der Bürgerinitiative in Bergrheinfeld: **Die Bundesrepublik in bis zu 80 Gebiete einteilen, die lokal Strom für den Endverbraucher produzieren.**

<https://www.tagesschau.de/inland/suedlink-protest-103.html>

Gemeinsam gewinnen – Windenergie vor Ort

Ein Grundlagenpapier zu den Themen Wertschöpfung, Bürgerbeteiligung und Akzeptanz

Lokale und gesellschaftliche Interessen gleichermaßen zu berücksichtigen, macht Windenergie zu einer „fairen“ Form der Energiegewinnung. Viele Projektierer von Windparks verpflichten sich daher freiwillig zu Transparenz, Teilhabe und Wertschöpfung vor Ort. Verbindliche Regeln im Umgang mit Bürgern und Kommunen sorgen dafür, dass die Energiewende auch in Zukunft ein Gemeinschaftsprojekt bleibt.

https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/01-mensch-und-umwelt/01-windkraft-vor-ort/20180614_gemeinsam_gewinnen_windenergie_vor_ort_web.pdf

Akzeptanz für Erneuerbare Energien – Ein Leitfaden

Die Studie zeigt, welche Bedeutung die Partizipation und die daraus resultierende Akzeptanz für Erneuerbare Energien bei der Umsetzung der Energiewende haben kann. Die aktive Beteiligung lässt Bürger an der Gestaltung des eigenen Umfeldes mitwirken und stärkt das Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft. EE-Anlagen generieren im Fall der finanziellen Beteiligung direkte Erlöse.

https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Publikationen/2018/2018-06-28_2018_Akzeptanz_fuer_Erneuerbare_Energien.pdf

8. SOLO – Michael Altinger

Webseite von Michael Altinger

<https://www.michael-altinger.de/>

Strunzenöd

Altinger: *“Ich würde gerne mal in Strunzenöd spielen und direkt vor den Figuren aus meinem Programm auftreten. Die würden mich hinterher wahrscheinlich ordentlich vermöbeln. Deshalb ist es gut so, dass Strunzenöd nur meine geistige Heimat ist, aber in jeder bayerischen Seele zu finden ist und sicher auch in Ismaning.“*

<https://www.wochenanzeiger.de/article/48844.html>

Starfighter-Abstürze

Bis 1991 waren 916 Starfighter bei der Bundeswehr im Einsatz, 300 gingen durch Unfälle verloren, davon 269 durch Abstürze. Einschließlich des letzten Unfalls im Jahr 1984 verunglückten 116 Piloten tödlich (108 Deutsche und acht US-Amerikaner).

<https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/631467/todliche-starfighter-bilanz-269-absturze-116-tote-piloten#gallery&0&0&631467>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Starfighter-Aff%C3%A4re>

Der letzte Starfighter -Flug endet am 22. Mai 1991 um 11.15 Uhr ohne Zwischenfälle auf dem bayerischen Flugplatz Manching.

<https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag1832.html>

Bundesregierung plant Glyphosat-Verbot ab 2024

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/glyphosat-bundesregierung-plant-verbot-ab-ende-2023-a-1285204.html>

9. Das EEG (Teil 2) – Wer davon profitiert

Die Bayerische Zugspitzbahn und das EEG-Privileg

Die Bayerische Zugspitzbahn AG wurde am 18. Juni 1928 gegründet, die Betriebsaufnahme des ersten Abschnitts der Bayerischen Zugspitzbahn erfolgte am 19. Dezember 1929. Ein halbes Jahr später am 8. Juli 1930 wurde die Gesamtstrecke dem Betrieb übergeben. Kurz darauf begann der Ausbau der Seilbahnanlagen an der Zugspitze, so wurde am 20. Januar 1931 die erste Gletscherbahn zum Zugspitzgipfel eröffnet.

https://de.wikipedia.org/wiki/Bayerische_Zugspitzbahn_Bergbahn

<https://zugspitze.de/de/sommer/berge/zugspitze/erlebnisswelt-gipfel>

Die Zugspitzbahn gehört zu den Unternehmen, die zum Beispiel 2018 als stromkostenintensive Unternehmen bzw. als Schienenbahnunternehmen, **einen EEG-Umlage reduzierten niedrigeren Strompreis zahlen** konnten.

https://www.bafa.de/SharedDocs/Downloads/DE/Energie/bar_statistik.html

EEG-Umlage: Ausnahmen für energieintensive Betriebe

Über die EEG-Umlage werden die Kosten für den Ausbau der regenerativen Energien auf den Endverbraucher umgelegt. Diese Umlage ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Dieser Anstieg ist teilweise darauf zurückzuführen, dass Großverbraucher von der EEG-Umlage weitgehend befreit sind.

<https://www.photovoltaik.org/wissen/eeg-umlage-ausnahmen-fuer-energieintensive-betriebe>

Im Jahr 2017 profitieren **2.092 Unternehmen bzw. selbständige Unternehmensteile** (1.955 produzierendes Gewerbe / 137 Schienenbahnen) von diesem Privileg

<https://www.oekologische-plattform.de/2017/06/eeg-umlage-befreite-unternehmen/>

Im Jahr 2018 profitieren 2.156 Unternehmen bzw. selbständige Unternehmensteile von einer Entlastungen von der EEG-Umlage-Beteiligung

“Im Jahr 2018 profitieren **2.156 Unternehmen bzw. selbständige Unternehmensteile** (2.017 produzierendes Gewerbe / 139 Schienenbahnen) mit insgesamt 2.840 Abnahmestellen aufgrund ihrer bis zum 02.10.2017 gestellten Anträge von der Besonderen Ausgleichsregelung [§ 64 ff. EEG]. ...

Die privilegierte [begünstigte] Strommenge liegt bei insgesamt **110.500 GWh.**“

Die Liste der Unternehmen bzw. Unternehmensteile, die im Jahr 2018 an den aufgelisteten Abnahmestellen von der Besonderen Ausgleichsregelung profitieren konnten **wird vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle herausgegeben.**

https://www.bafa.de/SharedDocs/Downloads/DE/Energie/bar_statistik.html

<https://www.oekologische-plattform.de/2017/06/eeg-umlage-befreite-unternehmen/>

[Erneuerbare Energien – von der EEG-Umlage befreite Unternehmen 17-3-2015 \(klick\)](#)

[Erneuerbare Energien – von der EEG-Umlage befreite Unternehmen 25-5-2016 \(klick\)](#)

Mehr als 2200 Unternehmen beantragen für das Jahr 2019 teilweise Befreiung von EEG-Umlage

Für das Jahr 2019 stellten 2209 Unternehmen, darunter 139 Schienenbahnen, für eine Strommenge von 119 Terawattstunden einen solchen EEG-Umlage - Befreiungsantrag, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage von Julia Verlinden (Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag) hervorgeht. Demnach sollen 2019 sollen für rund 20 Prozent des gesamten deutschen Stromverbrauchs Industrieausnahmen gelten, erklärte Verlinden. Die Zeche zahlen private Haushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen, die dann die Milliarden mitfinanzieren müssen.

<https://www.pv-magazine.de/2018/08/20/mehr-als-2200-unternehmen-beantragen-t-eilweise-befreiung-von-eeg-umlage/>

<https://www.fr.de/wirtschaft/mehr-strommengen-beantragt-10970249.html>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/037/1903762.pdf> (Seite 53)

Etwa 5 Prozent der großen deutschen Betriebe sind EEG-Umlage-privilegiert

Die Bundeskanzlerin Merkel erklärte dazu in einem Interview in "Die Kanzlerin direkt" am 12. April 2014:

"Wir brauchen Ausnahmeregelungen für die Wirtschaft, damit auch Arbeitsplätze gesichert werden ... Von 45.000 Betrieben, die in Deutschland existieren, werden etwas mehr als 2000 privilegiert. Das sind also wirklich nur diejenigen Mittelständler oder Großunternehmen - beides ist möglich - die in ganz besonderer Weise entweder sehr großen Wettbewerb haben in Europa oder eben auf der Welt, um ihre Produkte zu verkaufen: Stahl, Aluminium, Kupferbetriebe, Papierverarbeitung. Und das würde ansonsten bedeuten, dass diese Arbeitsplätze in Deutschland nicht mehr existieren würden und das wäre nicht richtig."

Interview Frau Merkel: EEG-Reform der richtige Schritt am 12.04.2014

(ab Minute 2'37")

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/die-kanzlerin-direkt/merkel-ee-g-reform-der-richtige-schritt-1009862>

<https://www.youtube.com/watch?v=fqbooRhgGfU&t=208s>

"Im Jahr 2014 profitieren 2.098 Unternehmen bzw. Unternehmensteile (2.026 produzierendes Gewerbe / 72 Schienenbahnen) mit insgesamt 2.779 Abnahmestellen

aufgrund ihrer zum 01.07. bzw. 30.09.2013 gestellten Anträge von der Besonderen Ausgleichsregelung [§ 40 ff. EEG]. Die privilegierte [begünstigte] Strommenge lag bei insgesamt 107.101 GWh.“

<https://www.oekologische-plattform.de/2017/06/eeg-umlage-befreite-unternehmen/>

Fast die Hälfte des industriellen Stromverbrauchs ist ganz oder teilweise von der EEG-Umlage befreit, ...

“Schon nach altem Recht war die Hälfte des industriellen Stromverbrauchs ganz oder teilweise von der EEG-Umlage befreit, wodurch sich die EEG-Umlage für die Endverbraucher 2011 um etwa 0,9 ct/kWh erhöht hatte. Mit der EEG-Novelle 2012, durch die die Zahl der befreiten Unternehmen erheblich zunahm, profitierten im Jahr 2013 1.691 stromintensive Unternehmen von der Sonderregelung. Dies entsprach einem Anteil von 1,29 ct/kWh oder ca. 25 Prozent der Gesamthöhe der EEG-Umlage (5,28 ct/kWh). Bei voller Veranlagung hätten sie vier Milliarden Euro entrichten müssen. Im Jahr 2014 waren es schon 2.098 Unternehmen. Die privilegierte Strommenge dieser Unternehmen lag bei 107.101 GWh; immerhin etwa die Hälfte des insgesamt an die Industrie abgesetzten Stroms. Der Liste der betroffenen Unternehmen ist zu entnehmen, dass viele von ihnen keinen Handel mit dem Ausland betreiben

BAFA: Liste der EEG-befreiten Unternehmen 2014; Süddeutsche Zeitung vom 12. Juli 2013: Immer mehr Konzerne fordern Strompreis-Rabatte.“

Stand 11.2.2014: [Erneuerbare Energien – von der EEG-Umlage befreite Unternehmen 11-2-2014 \(klick\)](#)

<https://www.oekologische-plattform.de/2017/06/eeg-umlage-befreite-unternehmen/>

<https://www.windkraft-journal.de/2014/02/12/bafa-veroeffentlicht-liste-der-von-eeg-umlage-befreiten-unternehmen/48667>

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/oekostrom-umlage-immer-mehr-konzerne-fordern-strompreis-rabatte-1.1719644>

<https://eeg-klage.de/wp-content/uploads/2018/09/Sonneninitiative-Klageerwiderung-f%C3%BCr-Internetseite.pdf>

... und das hat sich auch im Jahr 2018 nicht geändert

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle schreibt in seiner Liste der Unternehmen mit EEG-Umlage-Privilegien für das Jahr 2018:

*“Im Jahr 2018 profitieren **2.156 Unternehmen bzw. selbständige Unternehmensteile** (2.017 produzierendes Gewerbe / 139 Schienenbahnen) mit insgesamt 2.840 Abnahmestellen aufgrund ihrer bis zum 02.10.2017 gestellten Anträge von der Besonderen Ausgleichsregelung [§ 64 ff. EEG]. ... Die privilegierte [begünstigte] Strommenge liegt bei insgesamt **110.500 GWh.**“*

https://www.bafa.de/SharedDocs/Downloads/DE/Energie/bar_statistik.html

Diese 110.500 Gigawattstunden (GWh) entsprechen 110,5 Terawattstunden (TWh) und entsprechen **45 Prozent des im Jahr 2018 verbrauchten Industriestroms** von 248 Terawattstunden (TWh).

Der Anteil des Industriestroms von 47% am gesamten Nettostromverbrauch von 527 Terawattstunden (TWh) in Deutschland im Jahre 2018 berechnet sich zu den eben angegebenen 248 Terawattstunden (TWh).

Bei dem zugrunde gelegten **Nettostromverbrauch** oder Endenergieverbrauch handelt es sich - im Gegensatz zum **Bruttostromverbrauch** - um die vom Verbraucher (also hier der Industrie) genutzte elektrische Arbeit bzw. Energie nach Abzug des Eigenbedarfs der Kraftwerke und der Übertragungs- bzw. Netzverluste.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164149/umfrage/netto-stromverbrauch-in-deutschland-seit-1999/>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/236757/umfrage/stromverbrauch-nach-sektoren-in-deutschland/>

<https://www.bmwi-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2016/01/Meldung/direkt-erklaert.html>

EEG-Umlage - Anzahl der privilegierten Unternehmen nach Wirtschaftszweig 2018

Die Statistik zeigt die Anzahl der von der EEG-Umlage entlasteten Abnahmestellen von Unternehmen in Deutschland nach Branche für das Jahr 2018. Im Jahr 2018 stellten 132 im Papiergewerbe tätige Unternehmen in Deutschland Antrag auf

Begrenzung der EEG-Umlage für das Bezugsjahr 2018. Für nicht privilegierte Letztverbraucher beträgt die EEG-Umlage derzeit 6,88 Cent pro Kilowattstunde.

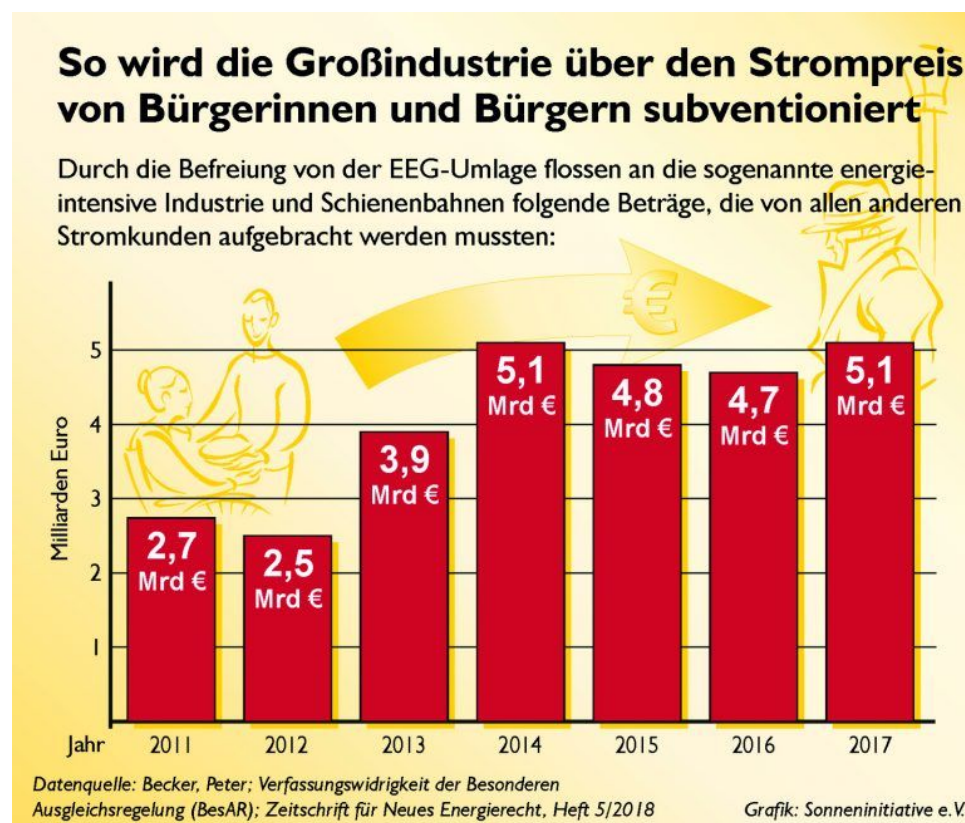
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/258173/umfrage/anzahl-der-von-der-ee-umlage-entlasteten-unternehmen-in-deutschland-nach-branche/>

Etwa Fünf Milliarden Euro erhält die Großindustrie inzwischen jedes Jahr von Bürgerinnen und Bürgern.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist die Basis der Energiewende in Deutschland. Leider wurde es im Laufe der Zeit immer mehr zum Spielball energiepolitischer Interessen.

Durch die hoch komplexe sogenannte „Besondere Ausgleichsregelung“ im EEG werden alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ungefragt zu Geldgebern für die schmutzige „energiekostenintensive“ Industrie. Hart an der Grenze der Legalität – oder sogar darüber hinaus?

Nach Ansicht von Experten verstößt die „Besondere Ausgleichsregelung“ gegen EU-Recht und den Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz.



<https://eeg-klage.de/wp-content/uploads/2018/10/Subventionen-an-die-Industrie-03-768x653.jpg>

Klage gegen Industrieprivilegien

“Rund ein Viertel des Strompreises für Privatleute und kleine Firmen macht die EEG-Umlage aus. Sie beträgt etwa 6,8 Cent des Strompreises von 26 bis 30 Cent pro Kilowattstunde. Sie wird genutzt, um den Einstieg in eine klimafreundliche und erneuerbare Stromerzeugung – also die Energiewende – zu finanzieren.

Die sogenannte stromkostenintensive Industrie und Schienenbahnen sind von dieser EEG-Umlage ganz befreit. Dadurch zahlen alle anderen, vom Harz-4-Empfänger über Kommunen bis zum Mittelständler, etwa 25 Prozent mehr EEG-Umlage. Das erhöht den Strompreis um rund 1,6 Cent pro Kilowattstunde. Indirekt unterstützt so eine Durchschnittsfamilie mit einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden diese Industrie mit 65 Euro im Jahr.”

<https://eeg-klage.de/warum-wir-klagen#sdfootnote1sym>

<https://eeg-klage.de/>

<https://www.photovoltaik.eu/Archiv/Meldungsarchiv/article-844079-110949/eurosol-ar-unterstuetzt-klage-gegen-industrieprivilegien-.html>

Paradoxon

Als Paradoxon wird ein rhetorisches Stilmittel bezeichnet. Das Paradoxon ist die überspitzte, absurde und scheinbar widersinnige Formulierung eines Gedankens. Dieser widersprüchlichen Aussage ist aber eine tiefe Erkenntnis zu eigen. Paradoxa haben bei genauerer Betrachtung stets eine höhere Wahrheit.

<https://wortwuchs.net/stilmittel/paradoxon/>

Paradoxien, Paradoxa und Antinomien

<https://www.scifi-forum.de/forum/off-topic/off-topic-allgemein/technik-wissenschaft/12391-paradoxien-paradoxa-und-antinomien>

Machen Erneuerbare Energien und die EEG-Umlage den Strom teuer?

Was im Jahr 2012 schon klar war

Die EEG-Umlage – eine reale Belastung, die nicht reell zustande kommt

Trotz der zunehmenden Anzahl "privilegierter Letztverbraucher" entwickelte sich die EEG-Abrechnung bis 2009 – als sie zum letzten Mal nach der alten Methode erfolgte – einigermaßen proportional zu Strommengen und Vergütungen. Sie stieg sogar deutlich weniger als die Vergütungen. Die Grafik läßt nebenbei erkennen, daß seit 2008 die Vergütungen schneller zunehmen als die Einspeisungen. Dies dürfte hauptsächlich auf den starken Zubau an Solaranlagen zurückzuführen sein, deren Einspeisung im Vergleich zur Höhe der Förderung gering ist. Der schlagartige Anstieg der EEG-Umlage ab 2010 lässt sich damit aber nicht erklären. Er fällt sicher nicht zufällig mit der Anwendung der neuen Ausgleichsregelung zusammen

<https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/120701d1.htm#tod>

<https://www.youtube.com/watch?v=Ym9RSGkDhcY>

So stand es im Jahr 2014 um die EEG-Umlage

BILD-Zeitung: "Jetzt Amtlich! Strompreis auf Rekordhoch"

"Das Ergebnis: Die EEG-Umlage steigt um rund einen Cent auf das Rekordniveau von 6,24 Cent je Kilowattstunde. ... Hintergrund: Betreiber von Solaranlagen, Windrädern und Biogasanlagen erhalten auf 20 Jahre garantiert eine feste Vergütung. Über die Umlage wird die Differenz zwischen dem am Markt für den Strom erzielten Preis und dem Vergütungssatz gewährt. Da die Preise an der Strombörse 2013 massiv gefallen sind, wachsen diese Differenzkosten."

<https://www.bild.de/geld/wirtschaft/strompreis/eeg-steigt-2014-deutlich-32976284.bild.html>

"Jetzt ist es amtlich und Top-Thema in allen Medien: Die EEG-Umlage erhöht sich ..."

“Jetzt ist es amtlich und Top-Thema in allen Medien: Die EEG-Umlage erhöht sich um 1 Cent pro Kilowattstunde auf 6,24 Cent. So titelt die Bildzeitung auch prompt: ‘Strompreis auf Rekordhoch’ und spricht von ‘explodierenden Preisen’ für die Verbraucher. Energie-Experten.org fasst es schön zusammen: ‘Rezession und Armut. Das scheint nach Bekanntgabe der neuen EEG-Umlage gewiss. Zumindest, wenn man den meisten Massenmedien und Politikern Glauben schenken möchte. Doch das ist Quatsch. Glauben Sie es oder nicht, aber die Erneuerbaren sind nicht Schuld am Anstieg der EEG-Umlage.’

Das finden wir auch und haben deshalb ein paar interessante Fakten, Argumente und Kommentare unterschiedlicher Journalisten und Verbände zum Thema zusammengestellt.”

<https://www.sma-sunny.com/die-wahrheit-uber-die-eeg-umlage-2014/>

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) sieht Probleme:

Die EEG-Umlage wird häufig als Indikator für die Kosten der Energiewende herangezogen und hat in den letzten Monaten für viel Diskussion in Politik und Medien über die Bezahlbarkeit des Stroms in Deutschland gesorgt, denn sie ist von 0,19 Cent/kWh im Jahr 2000 auf mittlerweile 6,24 Cent/kWh in 2014 gestiegen. Diese Kurzstudie gibt einen Überblick über die historische Entwicklung der EEG-Umlage und über die verschiedenen Faktoren welche zu diesem signifikanten Anstieg beigetragen haben. Wie sich zeigt, spielen neben dem reinen Ausbau der erneuerbaren Energien noch weitere Faktoren eine entscheidende Rolle

Probleme im heutigen (Sicht 2014) System der EEG-Umlage

Durch die EEG-Novellierung zum 01.01.2010 dürfen die EEG-Strommengen nur noch am Spotmarkt der Strombörse verkauft werden. Die Preise am Spotmarkt lagen in den letzten Jahren unter den Preisen des Future-Marktes und den OTC-Preisen (over the counter).

Durch den Merit-Order Effekt sinken die Börsenstrompreise und damit die Einnahmen aus dem Verkauf des EEG-Stroms. Seit 2008 hat sich der Börsenstrompreis halbiert.

Die Industrieprivilegien führen 2014 zu einer Mehrbelastung der Endverbraucher von 1,35 Cent/kWh.

Die Nachholungen zum Ausgleich des EEG-Kontos erhöhen die EEG-Umlage um 0,57 Cent/kWh. Diese Kosten entfallen 2015 höchstwahrscheinlich.

Der Aufbau der Liquiditätsreserve erhöht die EEG-Umlage um 0,51 Cent/kWh. Diese Belastung entfällt, wenn die Liquiditätsreserve aufgebaut ist.

Die rechnerische EEG-Umlage ohne die o.g. Effekte liegt 2014 bei 4,1 Cent/kWh, die tatsächliche bei 6,24 Cent/kWh. Die

EEG-Umlage für 2015 wird nicht weiter ansteigen, sondern eher wieder fallen

https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/ISE_Kurzstudie_EEG_Umlage_2014_07_14.pdf

Der Leiter des ISE Prof. Dr. Eicke Weber erklärte auf dem 15. Schönauer Stromseminar verständlich in 4 Minuten, was hier falsch läuft:

Da ist doch was faul, denken Sie, wenn Sie für dieselbe Tafel Schokolade, die 2009 noch 1,20 € gekostet hat, heute 6,24 € bezahlen müssen. Obwohl die Kakaobauern immer weniger Geld für ihren Kakao bekommen. Wenn die Summe, die für den Rohstoff ausgegeben wurde, sich nicht einmal verdoppelt hat, zuletzt sogar rückläufig war und sich im selben Zeitraum der Preis für die Tafel verfünffacht, dann zieht jemand anderes das Geld ab. Vielleicht hilft dieser Vergleich um zu verstehen, wie das falsche Spiel von Lobbyisten und Politikern funktioniert, die eine Umlage vorsätzlich verteuern, um es den Betreibern von Solar- und Windkraftwerken in die Schuhe zu schieben. Prof. Dr. Eicke Weber erklärte auf dem 15. Schönauer Stromseminar verständlich in 4 Minuten, was hier falsch läuft ...

<https://www.enerquinn.de/?id=290:prof-dr-eicke-weber-zur-eeg-umlage>

https://www.youtube.com/watch?v=VjN_J3QA3RI

Von Juli 2006 bis Dezember 2016 war Prof. Weber Leiter des Fraunhofer-Institutes für Solare Energiesysteme (ISE)

<https://www.pv-magazine.de/2016/11/14/fraunhofer-ise-verabschiedet-eicke-weber/>

EEG-Umlage: Wie grüner Strom an der Börse zu grauem Billigstrom wird

Nach dem Beschluss der Verordnung zum EEG-Ausgleichsmechanismus von 2009 muss der Strom ab 2010 nunmehr von den Übertragungsnetzbetreibern am Spotmarkt einer Strombörse vermarktet werden, u.a. an der Strombörse EEX in Leipzig.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ausgleichsmechanismusverordnung>

Der Anstieg der EEG-Umlage für das Jahr 2011 hat für erhebliche Diskussionen in der Öffentlichkeit gesorgt. Die Ursachen für die höheren Ökostrompreise werden allgemein dem hohen Zubau an erneuerbaren Energien angelastet, insbesondere der Photovoltaik. Wie der neue EEG-Abrechnungsmechanismus über die Strombörsen die Umlage beeinflusst, wird dagegen kaum beachtet. Tatsächlich ist auffällig, dass die EEG-Umlage seit der Umstellung der Berechnungsmethode ab dem Jahr 2010 sprunghaft angestiegen und für 2011 bereits 3,530 ct/kWh erreicht. Vor 2010 galt eine Quotenumlage, bei der die einzelnen EVUs anhand ihrer spezifischen Strombeschaffungskosten die Umlage berechneten. Bundesweit konnte dadurch nur eine gemittelte Umlage ausgewiesen werden. Mit der Einführung der neuen Verordnung (AusglMechV) sollte die EEG-Umlage eigentlich transparent werden.

<https://www.iwr.de/news.php?id=17140>

Die Börsenbetreiber können nun das freie Spiel auf liberalisierten Energiemärkten ...

“Die Liberalisierung der Märkte ebnet Energiebörsen wie der EEX den Weg”

“Einer Marktfähigkeit näher gekommen ist 2010 auch die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Mit Beginn des Jahres galt ein geänderter sogenannter bundesweiter Ausgleichsmechanismus für Energiemengen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) sind seither verpflichtet, die nach EEG vorrangig einzu-speisenden und zu vergütenden Energiemengen vollständig am börslichen Spotmarkt zu vermarkten.”

<http://www.eex.com/blob/30660/3d11ed74a3d209aabf93600c81d1bef7/eex-gb-2010-de-pdf-data.pdf>

... mit Strom aus Erneuerbarer Energie spielen

“Eine Strombörse ist ein Handelsplatz für Elektrizität. **Auf liberalisierten Energiemärkten können die unterschiedlichen Energieträger an solchen Energiebörsen gehandelt werden.** Dort sollen sich im freien Spiel von Angebot und Nachfrage transparente Handelspreise bilden. Bei jedem Energieträger gibt es jedoch strukturelle Eigenheiten, die den jeweiligen Markt bestimmen.”

<https://www.verivox.de/strom/themen/stromboerse/>

Seit 2010: Erneuerbare Energien werden an der Strombörse verramscht!

Nun ist es aber so, dass Strom aus Erneuerbaren Energien an der Strombörse umsonst „verkauft“ wird, denn die Strombörse arbeitet mit sogenannten Grenzkosten. Das sind Kosten, die anfallen, wenn man zu einer laufenden Produktion noch eine zusätzliche Einheit produziert. Da Erneuerbare Energien aber keine Brennstoffkosten haben, kostet es nichts, wenn man nun mehr oder weniger davon produziert.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Grenzkosten>

<https://www.sma-sunny.com/deine-eeg-umlage-finanziert-historisch-niedrige-industriestrompreise/>

“Strom wird immer teurer, weil Strom immer billiger wird” - die Auflösung des EEG-Paradoxons

Eine kurze **einführende Aufklärung des Paradoxons** von Joul • Energiewende & Nachhaltigkeit:

<https://www.youtube.com/watch?v=YkA65vpeA5g>

Was die EEG-Umlage beispielsweise 2014 tatsächlich in die Höhe getrieben hat

Im Oktober 2013 wurde eine Analyse des Öko-Instituts veröffentlicht, die anschaulich zeigt, was die EEG-Umlage 2014 tatsächlich in die Höhe getrieben hat. Sehr erhellend ist hierbei S.13f:

“Der prognostizierte Zubau erneuerbarer Energien im Jahr 2014 führt zu einer Erhöhung der Umlage von insgesamt 0,44 ct/kWh, das entspricht 46% des Anstiegs der Umlage gegenüber 2013. ...

Der Börsenstrompreis, der für die Berechnung der Umlage 2014 herangezogen wird ist mit 41,45 €/MWh um etwa 10 € geringer, als der Strompreis, der im Jahr 2013 für die Berechnung der Umlage diente. Dies verursacht einen Anstieg der Umlage von 0,36 ct/kWh (37% des Anstiegs.)

Die Ausweitung der Privilegierung von Stromverbrauch, für den nur eine verminderte Umlage von 0,05 ct/kWh anfällt (bzw. eine verminderte Umlage von 1% oder 10% der regulären Umlage), führt zu einem Anstieg der EEG-Umlage von 0,14 ct/kWh (15% des Anstiegs).“

<https://www.oeko.de/oekodoc/1825/2013-495-de.pdf>

Nochmal zusammengefaßt: Das EEG-Paradoxon oder warum steigt der Strompreis?

Das EEG-Paradoxon ist allerdings nicht leicht zu verstehen. Es ist durch die Zwangsvermarktung des Stroms aus Erneuerbaren Energien an der Strombörse, die in 2010 in Kraft trat erst entstanden.

Mit "Börse" ist der Spotmarkt der Strombörse gemeint. Es werden dort ausschließlich Strommarktkontrakte gehandelt, die noch am selben bzw. am nächsten Tag geliefert werden. Es ist der Kurzzeithandel (Intraday- bzw. Day-Ahead-Handel) dieser Börse. Dieser Handel betrifft auch die Lieferung in europäische Nachbarländer. Natürlich werden auch langfristige Stromlieferverträge an der Börse gehandelt. Aber das geschieht an einem anderen Marktplatz dem Terminmarkt. Dort kommen langfristige Lieferverträge zustande mit einer Laufzeit von bis zu mehreren Jahren. Das hat aber keinen direkten Einfluss auf das Paradoxon.

<https://energiewende-rocken.org/das-eeq-paradoxon/>

<https://photovoltaikbuero.de/pv-buero-blog/preistreiber-eeq-paradoxon/>

Ein zentrales Problem ist der Börsenhandel und sein Merit-Order-Modell

Die scheinbaren Widersprüche des Paradoxons ergeben sich aus der Strukturierung des Börsenhandels. Seit 2010 wird der Erneuerbare Energie-(EE)-Strom an der wichtigsten Handelsplattform für Stromprodukte, der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig gehandelt.

"In der Diskussion über die Höhe des Strompreises gerät regelmäßig die Förderung der Erneuerbaren Energien ins Visier der Kritiker, die darin - fälschlicherweise - den entscheidenden Teuerungsfaktor des Strompreises sehen.

Von den Kritikern wird aber gerne vergessen, dass der aus regenerativen Energien wie der Photovoltaik oder der Windkraft gewonnene und mit der Einspeisevergütung abgegoltene Strom (EEG-Strom) über den Merit-Order-Effekt auch eine signifikant preisdämpfende Wirkung auf den Strompreis hat."

Ein zentrales Problem ist das **Merit-Order-Modell** an der Börse zur Berechnung des aktuellen Strompreises:

"Als Merit Order bezeichnet die Energiewirtschaft die Einsatzreihenfolge der stromproduzierenden Kraftwerke auf einem Stromhandelsplatz, um die wirtschaftlich optimale Stromversorgung zu gewährleisten. Die Merit Order orientiert sich an den niedrigsten Grenzkosten, also der Kosten, die bei einem Kraftwerk für die letzte produzierte Megawattstunde anfallen."

<https://www.next-kraftwerke.de/wissen/merit-order>

Die Konsequenzen der Merit Order an der Börse:

Die Preise an der Börse sinken mit zunehmendem EEG-Strom – und die EEG-Umlage als Ausgleichszahlung steigt zugleich, und das umso stärker, je stärker die Börsenpreise sinken. Selbst wenn der Ausgabenblock durch Nullvergütungen für neue Anlagen konstant bliebe, würde der Börsenpreis durch den zusätzlichen EEG-Strom sinken und die EEG-Umlage steigen.

<https://www.solarify.eu/2018/07/26/318-5-irrtuemer-der-energiewende/>

<https://www.solarify.eu/2018/07/26/318-5-irrtuemer-der-energiewende/2/>

An die Haushaltsstromkunden wurde der Merit-Order-Effekt in den letzten Jahren allerdings nicht weitergegeben.

Teilweise behalten die Elektrizitätsversorger den Effekt als Gewinn ein, während sie zugleich die Mehrkosten der Stromerzeugung nach EEG auf die Kunden ohne

Dämpfung durch den Merit-Order-Effekt abwälzen. Hierdurch kann sich der Effekt auf den Haushaltskundenstrompreis sogar negativ auswirken.

Mit dem Merit-Order-Effekt verringert sich nämlich der Erlös, den die Übertragungsnetzbetreiber durch den Verkauf des EEG-Stroms am Spotmarkt erzielen. Da so der Differenzbetrag zu den Vergütungskosten steigt, erhöht sich mittelbar auch die EEG-Umlage.

Die Mehrkosten trägt der Verbraucher.

Und es gilt weiterhin,

“dass Unternehmen mit hohem Stromverbrauch stärker von diesem Effekt profitieren können. Hierzu gehören insbesondere Unternehmen, die bereits im Rahmen der Privilegierung verringerte EEG Umlagensätze zahlen.”

<https://photovoltaiksolarstrom.com/photovoltaiklexikon/merit-order-effekt/>

EEG-Umlage steigt 2020 um 5,5 Prozent

Grund für den Anstieg der EEG-Umlage ist der abnehmende Überschuss auf dem EEG-Konto und steigende Kosten. Diese entstehen durch die zunehmende Menge Ökostroms aus neuen Offshore-Windparks, die im kommenden Jahr ans Stromnetz angeschlossen werden.

“In vielen Berichterstattungen werde die Steigerung der EEG-Umlage mit einer gleichwertigen Strompreiserhöhung gleichgesetzt, so wie bei einer Meldung der ARD. “Dieser scheinbare Automatismus ist aber nicht gegeben”, so der Energieexperte Hans-Josef Fell: “Meist wirkt sich eine Steigerung der EEG-Umlage senkend auf die Börsenstrompreise aus. Die Beschaffungskosten vieler Stromverkäufer an der Strombörse könnten – wie in der Vergangenheit – sogar sinken. Leider geben dann viele Stromverkäufer die gesunkenen Strombeschaffungskosten aber nicht an die Stromkundschaft weiter, sondern erhöhen ihre Gewinne, verschweigen aber ihre Gewinnerhöhungen und schieben den ‘schwarzen Peter’ dann den Erneuerbaren Energien zu. So wird bewusst immer wieder der falsche Eindruck erzeugt, dass mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien die Strompreise steigen würden. Woraus dann die politische Forderung abgeleitet wird, den Ökostromausbau zum Schutze der Geldbeutel der Stromkunden auszubremsen. So geht das Spiel der Atom- und

Kohlekonzerne in Verbindung mit der Politik von Union, SPD und FDP nun seit über einem Jahrzehnt. Der Verlierer ist der Klimaschutz.“

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/eeg-umlage-119.html>

<https://www.solarify.eu/2019/10/15/397-eeg-umlage-steigt-2020-um-55-prozent/>

Studie: Erneuerbare senken Strompreis massiv

Das Update einer Studie von Wissenschaftlern der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und des Energie Campus Nürnberg (EnCN) im Auftrag der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) für die Jahre 2014 bis 2018 räumt erneut mit dem Vorurteil gegenüber der Energiewende auf, Ökostrom verteuere den Strompreis. Im Gegenteil: In den vergangenen vier Jahren haben deutsche Stromkunden 40 Mrd. € gespart, weil Erneuerbare-Energien-Anlagen in großem Umfang Strom ins Netz eingespeist haben. Seit 2011 sind es sogar rund 70 Mrd. € gewesen. 91 könnten es bis 2023 sein, wenn der Ausbau verdreifacht würde.

<https://www.solarify.eu/2019/10/09/371-deutschland-ohne-erneuerbare-energien/>

<https://www.fau.de/2019/10/news/sparen-dank-der-energiewende/>



<https://www.solarify.eu/wp-content/uploads/2019/10/EEG-Umlage-Quelle-BMWi-und-re-konstruierte-Steigerung-der-Gro%C3%9Fhandelspreise-Grafik-%C2%A9-FAU.jpg>

FAU-Studie 2011 - 2013

<https://www.eeb-eg.de/uploads/3/0/3/2/30326313/fau-kurzstudie-deutschland-ohne-erneuerbare-energien-26-1-2015.pdf>

FAU-Studie 2014 - 2018

<https://www.evt.tf.fau.de/files/2019/10/FAU-Strompreisstudie-2019-Download.pdf>

10. Finale - In Memoriam Energiewende?

Gedenktafeln

Solarenergie: Verlust von etwa 80.000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen

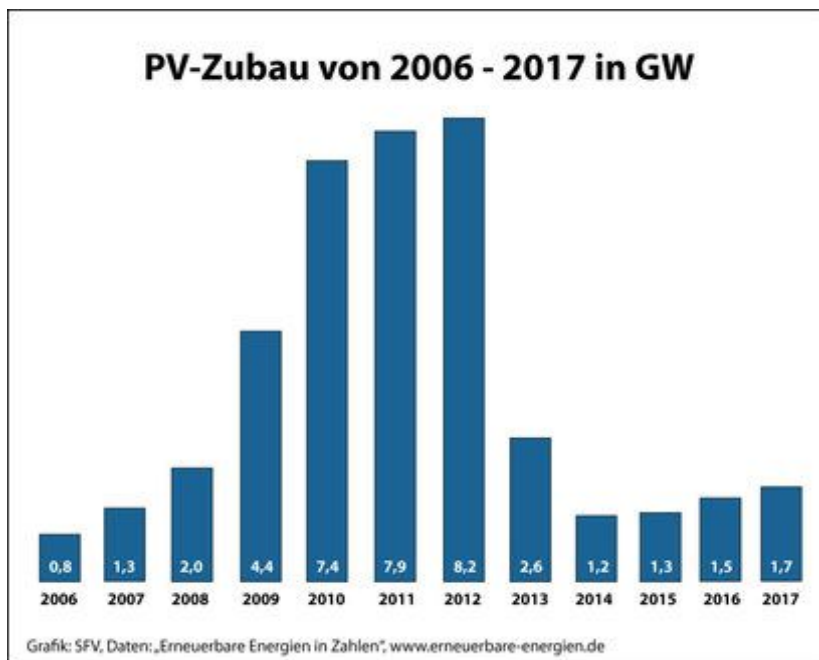
Während Deutschland 2009 noch das führende Land bei der Produktion von Photovoltaikmodulen war, stammen heute fast alle Solarmodule aus Asien. In der

Batterie-Zelltechnologie ist Deutschland quasi Entwicklungsland. Infolge des Zusammenbruchs des deutschen Photovoltaikmarkts nach dem Jahr 2012 wurden in der Photovoltaik in Deutschland rund 80.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Eine der Hauptursachen war die deutliche Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen für die Photovoltaik in Deutschland, die zu einem Rückgang in der neu installierten Leistung von 7,6 GW im Jahr 2012 auf nur noch 1,5 GW im Jahr 2015 geführt hat. Der zum Einhalten des Pariser Klimaschutzes erforderliche jährliche Zubau der Photovoltaik liegt in der Größenordnung von 15 GW.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/641828/7e3d30807a1ddd9e9a57671828b915db/sv-quaschning-data.pdf>

Die folgende Grafik zeigt das rasante Anwachsen der deutschen Solarenergie in den Jahren von 2006 bis 2010 und die dann folgende Verlangsamung des Ausbaus, bis schließlich zum fast vollständigen Zusammenbruch des deutschen Solarinstallationshandwerks und der Zulieferbetriebe, in dessen Verlauf über 80.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Hier wurde das Ergebnis eines vorbildlichen Investitionsförderprogramms mutwillig vernichtet.



http://www.sfv.de/artikel/bundesrechnungshof_kritisiert_-_bundeswirtschaftsministerium_versagt_bei_der_ene.htm

Windenergie: Mindestens 26.000 - 27.000 Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren verloren gegangen

Die deutsche Windkraftbranche hat im Jahr 2017 insgesamt 26.000 Stellen abgebaut. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linke-Bundestagsfraktion hervor. ... Demnach nahm die Bruttobeschäftigung im Bereich Windenergie an Land von 133.800 Personen im Jahre 2016 bis Ende 2017 auf 112.100 ab. Die Beschäftigtenzahl im Bereich Offshore-Windkraft sank von 27.200 Personen auf 23.000.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article198299117/Windindustrie-In-einem-Jahr-26-000-Arbeitsplaetze-abgebaut.html>

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/121/1912129.pdf>

Nach einer Erhebung im Auftrag der IG Metall Küste sind in der deutschen Windindustrie seit Beginn des vergangenen Jahres 8000 bis 10 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Damit setzte sich die Entwicklung des Jahres 2017 fort, als die Branche bereits 26.000 Arbeitsplätze einbüßte, teilte die Gewerkschaft mit.

<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/arbeitsmarkt-ig-metall-bis-zu-10-000-jobs-in-der-windindustrie-sind-weg/24979204.html>

<https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/ig-metall-zu-ausbau-krise-der-windkraft-es-ist-fuenf-vor-zwoelf-7959604>

BDEW-Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ist der einflussreiche Interessenverband der deutschen Strom- und Energiebranche. Er vertritt als Spitzenverband rund 1.900 Unternehmen, darunter die vier großen Energieversorger RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall. Der BDEW vertritt aber auch viele kommunale und regionale Unternehmen, darunter viele Stadtwerke.

https://lobbypedia.de/wiki/Bundesverband_der_Energie-_und_Wasserwirtschaft

<https://www.netzwerk-ebd.de/mitglieder/bdew/>

<https://www.bdew.de/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesverband_der_Energie-_und_Wasserwirtschaft

Der BDEW und das EEG-Paradoxon

Das EEG-Paradoxon ist nicht leicht zu verstehen. Es ist durch die Zwangsvermarktung des Stroms aus Erneuerbaren Energien an der Strombörse, die in 2010 in Kraft trat erst entstanden.

Je mehr Erneuerbare Energien hinzukommen, umso stärker sinkt der Börsenpreis, umso stärker steigt die EEG-Umlage = EEG-Paradoxon.

Seit Umsetzung dieses Irrsinns rast die EEG-Umlage in den Himmel, obwohl die eigentlichen EEG-Kosten (Auszahlungen an die Anlagenbetreiber) bereits stagnieren. Der Anstieg der EEG-Umlage wurde nochmals zusätzlich angetrieben durch die Ausweitung der Industriprivilegien.“

<https://energiewende-rocken.org/das-eeeg-paradoxon/>

<https://photovoltaikbuero.de/pv-buero-blog/preistreiber-eeeg-paradoxon/>

“Aus Sicht des BDEW tritt hier ein Paradoxon aus Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Förderinstrumenten und Ausnahmeregelungen in Erscheinung. Auf die grundlegend richtige Entscheidung zur Einführung eines CO₂-Zertifikatehandels folgte die ebenso grundsätzlich sinnvolle Ausnahmeregelung für stromintensive Unternehmen, um Schaden von der Industrie abzuwenden.“

https://www.bdew.de/media/documents/Stn_20190531_Positionspapier-Konkretisierung-des-3-Saeulen-Modells.pdf

BDEW zur EEG-Umlage: Runter mit der Steuerlast

<https://www.bdew.de/presse/presseinformationen/bdew-zur-eeeg-umlage-runter-mit-der-steuerlast/>

<https://vernunftkraft.de/de/wp-content/dokumentendownload/BDEW%20Info.pdf>

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) ist ein Forschungsinstitut, das Wirtschaftsforschung und Politikberatung betreibt. Der Präsident Christoph M. Schmidt und der Vizepräsident Thomas K. Bauer sind/waren Mitglied des Aktionsrat Marktwirtschaft. Beide sind Research-Fellows des Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Das RWI wird wiederholt von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zur Erstellung von Studien beauftragt.

https://lobbypedia.de/wiki/Rheinisch-Westf%C3%A4lisches_Institut_f%C3%BCr_Wirtschaftsforschung

Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e. V. ist eine außeruniversitäre Einrichtung für wirtschaftswissenschaftliche Forschung mit Sitz in Essen.

https://de.wikipedia.org/wiki/RWI_%E2%80%93_Leibniz-Institut_f%C3%BCr_Wirtschaftsforschung

<http://www.rwi-essen.de/>

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Unternehmerverbänden der Metall- und Elektroindustrie (Gesamtmetall) finanziert wird. Sie will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das Institut der deutschen Wirtschaft ist. Die INSM verfügte 2018 über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.

https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Neue_Soziale_Marktwirtschaft

<https://www.insm.de/insm.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Initiative_Neue_Soziale_Marktwirtschaft

INSM: "EEG stoppen - Energiewende machen! Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fördert ineffiziente Technologien und macht so die Energiewende kaum bezahlbar. Die INSM setzt sich für mehr Wettbewerb um die günstigsten und effizientesten, grünen Technologien ein. Setzen auch Sie ein Zeichen - und stimmen gegen das EEG."

<https://www.insm.de/insm/kampagne/energiewende/eeg-stoppen-energiewende-machen.html>

INSM: "EEG & Co. treiben Energiewendekosten auf 520 Milliarden Euro. Die Gesamtkosten der Energiewende allein im Strombereich belaufen sich auf über 520 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomik (DICE) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die in Berlin vorgestellt wurde."

<https://www.insm.de/insm/Presse/Pressemeldungen/Pressemeldung-Studie-EEG.html>

<https://www.insm.de/insm/kampagne/energiewende.html>

Kampagnen der INSM und des RWI gegen die Förderung des Ökostroms

Die Kampagne der INSM wurde mit Hilfe der Agentur Serviceplan Public Opinion konzipiert und vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) wissenschaftlich begleitet und unterstützt. Die Forderung der Kampagne nach einem Quotenmodell wurde auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Monopolkommission übernommen. In diesen Beratungsgremien der Bundesregierung sind wichtige Akteure des RWI vertreten.

https://lobbypedia.de/wiki/Kampagne_der_INSM_und_des_RWI_gegen_die_F%C3%B6rderung_des_%C3%96kostroms

RWI-Untersuchung: Marktwirtschaftliche Energiewende: Ein Wettbewerbsrahmen für die Stromversorgung mit alternativen Technologien - Ein Projekt im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2012)

http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-projektberichte/P_B_Marktwirtschaftliche-Energiewende.pdf

Konstruktionsfehler der Energiewende. ... Das EEG ist trotz aller Anpassungen der vergangenen Jahre, etwa der Einführung von Ausschreibungen, ein teures und ineffizientes Förderprogramm. Als Instrument zur Fortführung der Energiewende ist es daher ungeeignet.

<http://www.rwi-essen.de/presse/rwi-in-den-medien/180515-Welt-Energiewende>

Das RWI ist schon etwas länger gegen Erneuerbare Energien unterwegs

Die Horrorzahlen des Essener Wirtschaftsinstituts RWI schockten Stromverbraucher in ganz Deutschland. Die Ökostromumlage sei schuld an den überhöhten Strompreisen. Doch im Nachhinein stellt sich heraus: Die Zahlen sind ungenau und die zugrunde liegende Studie ist von einer Lobbyorganisation für Öl und Kohle gesponsert.

<https://www.photovoltaik.eu/Archiv/Meldungsarchiv/article-444463-110949/die-luege-vom-teuren-oekostrom-.html>

Monitor 21.10.2010 Die Lüge vom teuren Ökostrom - Warum die Stromrechnung wirklich so hoch ist

<https://www.youtube.com/watch?v=a4pslA3NKvQ>

Die Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) Simone Peter hat in klaren und richtigen Worten die neue Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zum Thema Klimaschutz als Sabotage am Ausbau der Erneuerbaren Energien mit interessengeleitetem Kalkül bezeichnet. Mit der Erfahrung der alten INSM-Kampagne, gestartet 2012, wurde ja die Energiewende drastisch blockiert – mit dem Ergebnis, dass Deutschland seine Klimaschutzziele bisher weit verfehlt. Jetzt ist die starke Klimaschutzbewegung der Jugend im Fokus der INSM.

<https://hans-josef-fell.de/bee-kritisiert-die-neue-anti-klimaschutzkampagne-der-insm>

<https://www.bee-ev.de/presse/mitteilungen/detailansicht/kampagne-der-insm-legt-es-auf-die-sabotage-der-energiewende-und-politischer-massnahmen-an/>

EU-Kommission

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/eeg-umlage-eu-sieht-ausnahmen-im-oekostromgesetz-skeptisch-12281908.html>

Die Bundesregierung hatte die Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von 2012 in Brüssel nicht als Subventions-Tatbestand angemeldet. Sie stellte sich auf den Standpunkt, dass es sich bei der EEG-Umlage und den daraus finanzierten Einspeisevergütungen für Strom aus Wind und Sonne nicht um eine Beihilfe handelt. Die EU-Kommission leitete dennoch eine Untersuchung über das EEG ein und kam 2014 zu dem Ergebnis, dass es sich bei der EEG-Umlage um eine staatliche Zwangsabgabe handele.

https://www.bhkw-infozentrum.de/bhkw-news/23154_Europaeisches-Gericht-sieht-EEG-Umlage-als-Beihilfe.html

Europäischer Gerichtshof EuGH: EEG ist keine staatliche Beihilfe

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Meldung/2019/20190527-eeg-2012-ist-keine-staatliche-beihilfe.html>

Der Europäische Gerichtshof hat einen Beschluss der EU-Kommission für nichtig erklärt, nachdem etliche deutsche Industrieunternehmen im Sinne eines fairen Wettbewerbs EEG-Umlage nachzahlen mussten. Es gibt aber trotz der neuen Rechtslage Argumente gegen die Privilegien für die Konzerne.

<https://www.klimareporter.de/deutschland/industrierabatte-auf-eeg-umlage-keine-staatliche-beihilfe>

Die EU-Kommission hatte 2014 die Förderung nach dem EEG in der Fassung von 2012 als staatliche Beihilfe gewertet, diese aber für zulässig erklärt. Auch die Rabatte für Großverbraucher waren aus Sicht der Brüsseler Behörde Beihilfen. Diese hielt sie zum Großteil ebenfalls für zulässig. Einen kleinen Teil forderte die Kommission aber als überzogen zurück. Nach damaligen Angaben ging es um etwa 30 Millionen Euro.

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Oekostrom-Foerderung-EuGH-gibt-Deutschland-Recht-4355315.html4>

Christoph Schmidt und das INSM

zur Person

<http://en.rwi-essen.de/schmidt>

https://de.wikipedia.org/wiki/Sachverständigenrat_zur_Begutachtung_der_gesamtwirtschaftlichen_Entwicklung

https://lobbypedia.de/wiki/Christoph_M._Schmidt

Schmidt: Der Ausstoß von Treibhausgasen muss drastisch sinken. Doch die bisherige Subventionierung des Öko-Stroms ist unermesslich teuer und ineffizient.

<http://www.rwi-essen.de/presse/rwi-in-den-medien/180515-Welt-Energiewende>

Als zentrales Instrument zur Umsetzung der Energiewende hat die Politik bislang auf die langfristige Festschreibung von Einspeisevergütungen für grünen Strom gesetzt. Dies wurde im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) festgeschrieben. ... Als Instrument zur Fortführung der Energiewende ist es daher ungeeignet.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article176336581/Christoph-M-Schmidt-Der-grosse-Konstruktionsfehler-der-Energiewende.html>

Prof. Schmidt: Der Bundesregierung fehlt Vertrauen in Marktprozesse

Schmidt bedauerte, dass sich die Regierung nicht zu einem echten Neuanfang in der Klimapolitik durchringen konnte. *"Mit seinen Beschlüssen tastet sich das Klimakabinett zwar an eine umfassende CO₂-Bepreisung heran, aber das geschieht ohne erkennbares Vertrauen in Marktprozesse und daher viel zu zaghaft, denn der CO₂-Preis spielt bislang nur eine Nebenrolle"*, so Schmidt.

<https://www.presseportal.de/pm/39474/4385376>

INSM-Klimadialog - Wie geht wirksamer Klimaschutz? Rede Prof. Dr. Schmidt

<https://www.youtube.com/watch?v=f5tglu27t0A>

<https://www.insm.de/in-sm/kampagne/klimaschutz/in-sm-dialog-klimaschutz-mit-marktwirtschaft.html>

Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (sog. Wirtschaftsweisen)

<https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/ueber-uns/ratsmitglieder.html>

Seit 2013 ist Christoph Schmidt Vorsitzender des Sachverständigenrat (SVR)

<http://www.rwi-essen.de/schmidt>

Die Haltung des SVR ist einseitig kapitalorientiert

“Man könnte die Haltung des SVR auch als einseitig kapitalorientiert beschreiben. Es geht den Vertretern um drei Punkte. Erstens Löhne senken und Gewinne erhöhen. Zweitens sollen die Gewinn- und Vermögenssteuern kleingehalten werden. Und drittens soll der Sozialstaat abgebaut werden. Dies dient in Summe einseitig den Kapitaleignern.”

<https://www.fr.de/wirtschaft/ein-neoliberales-beraterkartell-11081439.html>

Beratung der Bundesregierung durch die sog. Wirtschaftsweisen in Klimafragen

Wichtig ist aus Sicht der „Wirtschaftsweisen“ vor allem, dass die Bepreisung von Treibhausgasen in den Mittelpunkt der klimapolitischen Anstrengungen gestellt wird - und nicht nur „drangeflanscht“, wie der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Christoph Schmidt, sagte. Die Berater halten dabei übergangsweise sowohl **einen neuen nationalen Emissionshandel** für Heizen und Verkehr für möglich als auch eine CO₂-Steuer.

<https://www.swp.de/politik/inland/experten-nehmen-stellung-wirtschaftsweise-uebergeben-merkel-gutachten-zum-co2-preis-31800177.html>

11. Hintergrund

Literatur

Nils Heisterhagen: *Die liberale Illusion - Warum wir einen linken Realismus brauchen*; 2018 Bonn

Claudia Kemfert: *Kampf um Strom - Mythen, Macht und Monopole*; 7. Aufl. 2013 Hamburg

Albrecht Müller: *Glaube wenig - Hinterfrage alles - Denke selbst*; 2019 Frankfurt/Main

Malte Kreuzfeldt: *Das Strompreis-Komplott - Warum die Energiekosten wirklich steigen und wer dafür bezahlt*; 2014 München

Harald Lesch, Klaus Kamphausen: *Die Menschheit schafft sich ab – Die Erde im Griff des Anthropozän*; München März 2018

Stefan Rahmstorf, Hans Joachim Schellnhuber: *Der Klimawandel – Diagnose – Prognose – Therapie*; 8. Auflage München 2018

Naomi Klein: *Die Entscheidung – Kapitalismus vs. Klima*; Frankfurt am Main 2016

Martin Buchholz: *Energie – Wie verschwendet man etwas, das nicht weniger werden kann?* Heidelberg 2016

Michael E. Mann, Tom Toles: *Der Tollhaus-Effekt - Wie die Leugnung des Klimawandels den Planeten bedroht*; Erlangen 2018

Nathaniel Rich: *Loosing Earth - Die Klimakatastrophe, die wir jetzt erleben, hätte verhindert werden können*; Berlin 2019

Web-Seiten

Anhang: United In Science

Das **United in Science-Video** findet sich hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=op1V6aXYQAM&feature=youtu.be>

Der **United in Science-Bericht** findet sich hier:

https://ane4bf-datap1.s3-eu-west-1.amazonaws.com/wmocms/s3fs-public/ckeditor/files/United_in_Science_ReportFINAL_0.pdf?XqiG0yszsU_sx2vOehOWpCOkm9RdC_gN

Der klimawissenschaftliche und -politische Hintergrund des **United in Science-Videos**

UN Climate Action Summit 2019

UN Klima Handlungs-Gipfel 2019

Beginn: 23. September 2019; Ende: 23. September 2019; Dauer: ein Tag

Veranstaltungsort: New York

https://www.deutschesklimaportal.de/DE/Alle_Partner/alle_partner_node.html;jsessionid=500E754F2EC5C9E8913FC50F741F9D28.live21301

<https://www.un.org/en/climatechange/advisory-committee.shtml>

Der grundlegende Bericht von **United in Science** informiert den **Climate Action Summit** in New York.

New York, 22 September 2019 - The world's leading climate science organizations have joined forces to produce a landmark new report for the United Nations Climate

Action Summit, underlining the glaring – and growing – gap between agreed targets to tackle global warming and the actual reality.

New York, 22. September 2019 - Die weltweit führenden klimawissenschaftlichen Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um einen wegweisenden neuen Bericht für den Klimagipfel der Vereinten Nationen zu erstellen, in dem die offensichtliche und wachsende Kluft zwischen vereinbarten Zielen zur Bekämpfung der globalen Erwärmung und der tatsächlichen Realität hervorgehoben wird.

The report, **United in Science**, includes details on the state of the climate and presents trends in the emissions and atmospheric concentrations of the main greenhouse gases. It highlights the urgency of fundamental socio-economic transformation in key sectors such as land use and energy in order to avert dangerous global temperature increase with potentially irreversible impacts. It also examines tools to support both mitigation and adaptation.

Der Bericht, **United in Science**, enthält Details zum Klimazustand und zeigt Trends bei den Emissionen und der atmosphärischen Konzentration der wichtigsten Treibhausgase auf. Er unterstreicht die Dringlichkeit eines grundlegenden sozioökonomischen Wandels in Schlüsselsektoren wie Landnutzung und Energie, um einen gefährlichen globalen Temperaturanstieg mit potenziell irreversiblen Auswirkungen abzuwenden. Außerdem werden Tools zur Unterstützung von Schadensbegrenzung und Anpassung untersucht.

<https://public.wmo.int/en/media/press-release/landmark-united-science-report-informs-climate-action-summit>

Das **United in Science-Video** findet sich hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=op1V6aXYQAM&feature=youtu.be>

Der **United in Science-Bericht** findet sich hier:

https://ane4bf-datap1.s3-eu-west-1.amazonaws.com/wmocms/s3fs-public/ckeditor/files/United_in_Science_ReportFINAL_0.pdf?XqiG0yszsU_sx2vOehOWpCOKm9RdC_gN

Die wichtigsten Ergebnisse des **United in Science-Berichts** sind:



“The Report provides a unified assessment of the state of our Earth system under the increasing influence of anthropogenic climate change, of humanity’s response thus far and of the far-reaching changes that science projects for our global climate in the future. The scientific data and findings presented in the report represent the very latest authoritative information on these topics,” said the Science Advisory Group to the UN Secretary-General’s Climate Action Summit.”

“Der Bericht bietet eine einheitliche Bewertung des Zustands unseres Erdsystems unter dem zunehmenden Einfluss des anthropogenen Klimawandels, der bisherigen Reaktionen der Menschheit und der weitreichenden Veränderungen, die die Wissenschaft für die Zukunft unseres globalen Klimas in Aussicht stellt. Die im Bericht präsentierten wissenschaftlichen Daten und Ergebnisse stellen die neuesten maßgeblichen Informationen zu diesen Themen dar“, sagte die wissenschaftliche Beratergruppe auf dem Climate Action Summit des UN-Generalsekretärs.”

<https://public.wmo.int/en/media/press-release/landmark-united-science-report-informs-climate-action-summit>

The WMO report on The Global Climate in 2015-2019, released to inform the United Nations Secretary-General’s Climate Action Summit, says that the global average

temperature has increased by 1.1°C since the pre-industrial period, and by 0.2°C compared to 2011-2015.

Der WMO-Bericht über das globale Klima in den Jahren 2015-2019, der zur Information des vom Generalsekretär der Vereinten Nationen einberufenen Klimagipfels veröffentlicht worden ist, besagt, dass in diesen Jahren die globale Durchschnittstemperatur verglichen mit dem vorindustriellen Zeitraum um 1,1 ° C angestiegen ist und um 0,2 ° C gestiegen ist, wenn man diese Jahre dem Zeitraum von 2011-2015 vergleicht.

<https://public.wmo.int/en/media/press-release/global-climate-2015-2019-climate-change-accelerates>

Der Bericht The Global Climate in 2015-2019 findet sich hier:

https://library.wmo.int/doc_num.php?explnum_id=9936

Impressum

Zweites Deutsches Fernsehen

Anstalt des öffentlichen Rechts
ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz

Tel.: 06131/70-0
Fax: 06131/70-12157
E-Mail: info@zdf.de

Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. 1 Staatsvertrag für Rundfunk und
Telemedien, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz:

Intendant
Dr. Thomas Bellut